

Wirkung der militärischen Kräfte von selbst zu Ende geht, nur die Politik, die von der deutschen Sozialdemokratie betrieben und vertreten wird, kann Europa vor resloser Selbstzerstörung bewahren.

Bern, 22. Juli. Der frühere Vizekönig von Irland Lord Wimborne brachte im Oberhaus am 16. Juli eine Resolution ein, daß bei feindlichen Friedensvorschlägen mehr Bedacht genommen werde, das Friedensziel der Entente klarzustellen und den Militarismus in den Augen der Völker der Zentralmächte zu diskreditieren. „Daily News“ zufolge erklärte Wimborne in einer langen Rede, die von der „Times“ zum Teil erheblich anders wiedergegeben wird, zunächst, ob die letzten Reden Rühlmanns und Hertlings

aufrichtige Führer oder Hasen

seien. Er wies darauf hin, daß in Deutschland fraglos eine starke Strömung vernünftiger, zum Frieden geneigter Meinungen vorhanden sei, die selbst der Generalfstab nicht ignorieren wolle. Man habe zwei Wochen hingehen lassen, ehe man ihn desobouierte, dabei habe man, da in der Zwischenzeit keine Antwort der Alliierten erfolgte, unerschrocken nachweisen können, daß solche Friedenshoffnungen, wie sie Rühlmann zum Ausdruck gebracht habe, eitel und unfruchtbar seien. Es frage sich, ob England dabei nicht der deutschen Militärpartei direkt in die Hände gespielt habe. Englands Verhalten sei etwas schwerfällig gewesen, das habe sich bereits bei den Vorkriegsverhandlungen gezeigt, als Czernin namens der Zentralmächte ein allgemeines Friedensangebot gemacht habe. Er, Wimborne, sei der Ansicht, daß England jenes Angebot als in der Hauptsache der britischen Sache genügende ruend ohne Trug oder Schikane habe annehmen können. Denn ein ohne irgendwelche Eroberungen und Beute in seine vor dem Krieg bestehenden Grenzen zurückgetriebenes Deutschland würde die Niederlage des Militarismus bedeuten haben.

Wenn England auf jenes Angebot eingegangen wäre, so wäre vielleicht die Welt in den Frieden gestolpert, viel wahrscheinlicher aber sei, daß die Rufer und Alldeutschen Angst bekommen und die Verhandlungen abgebrochen haben würden. Wenn aber dergehalt losfällig der Soldatenstiefel triumphiert hätte, dann wäre die Eroberungslust, der Junismus und die Brutalität seiner Träger der großen Masse des deutschen Volkes in nicht mißzuverstehender untergeordneter Form zu Gemüte geführt worden, dann wäre die Friedensoffensive gescheitert, Deutschland aber in sich gespalten gewesen. Die Rede v. Rühlmanns habe eine weitere derartige Gelegenheit geboten, aber drei Wochen seien verstrichen, ohne daß der verantwortliche Minister darauf geantwortet habe. Sei denn die Regierung, die das Volk alsuzuehr wie Kinder behandle, ihm Dinge verheimliche, die den Feinden keine Geheimnisse seien, so besorge, daß das bloße Wort von Verhandlungen das Volk in Unentschlossenheit stürzen würde! Man solle nicht etwa darauf antworten, daß

Englands Friedensbedingungen

Deutschland bekannt seien, es sei zweifelhaft, ob ein Deutscher in einer Million sei, der sie kenne, dagegen wisse jeder kriegsmüde Deutsche, daß wenigstens dreimal der Kaiser oder seine Minister Friedensangebote zu Bedingungen gemacht hätten, die jedem Alldeutschen als einer Kapitulation nachkommend erschienen müßten. Da diese Angebote jedesmal von den Staatskongressen der Alliierten mit eifrigem Stillschweigen aufgenommen worden seien, glaube daher der gewöhnliche Deutsche, daß die Alliierten auf nichts weniger als die Vernichtung Deutschlands aus seien und daß ihm nichts übrig bleibe, als den Kampf fortzusetzen. Der Krieg, schloß Wimborne, müsse gewonnen werden, aber es sei

kein gewöhnlicher Krieg.

man wolle nicht Deutschland in gewöhnlichem Sinne befragen, sondern befehlen; dazu brauche man zwar neue Waffen, nämlich die Militärmacht und überzeugende Argumente. Wenn aber die Diplomatie ihr Teil tun solle, so bedürfe man einer einfachen konkreten Formel, ohne Reservation, Implikation und Komplikationen, eine Formel, die das Volk, an das sie gerichtet sei, leicht verstehe. Die Deutschen hätten die Formel „keine Annexionen“ gebrauch; jetzt sprächen sie von „historischen Grenzen“. Gleichgültig, ob das ehrlich oder unehrlich sei, man müsse darauf antworten, immer wieder antworten, auf jede Friedensoffensive müsse man antworten, eine schwerfällige Abwehr sei nicht ausreichend, sondern Gegenangriffe seien notwendig.

Am Schluß der Rede Wimbornes erklärte Crawford, der in Abwesenheit Curzons den Vorsitz führte, mit Schärfe, Curzon und das Außenamt hätten Wimborne angedeutet, daß die Diskussion seiner Resolution inappropriet sei, und erwarteten daher, daß er sie zurückziehen werde. Crawford verlas dann eine Aufzeichnung Curzons, wonach es derzeit nicht im öffentlichen Interesse liege, die Angelegenheit zu diskutieren, zumal die Wünsche v. Rühlmanns nach seinem Falle für die gegenwärtige Lage nicht mehr in Betracht kämen und der Zeitpunkt, an dem die große Offensive stattfinden, für eine allgemeine Erörterung der Friedensbedingungen höchst ungeeignet erscheine; da das Haus offensichtlich diesen Auffassungen zustimmte, zog Wimborne seine Resolution zurück. „Daily Chronicle“ bemerkt indessen, daß Wimbornes Rede erheblichen Eindruck im Hause gemacht habe.

Die „Morning Post“ meldet, daß Lloyd George nächster Tage zu den Gewerkschaften sprechen werde und dabei die englischen Forderungen hinsichtlich Belgiens zugleich als Antwort auf die Rede Hertlings im Hauptauschuß des Reichstages bekanntgeben werde.

Ein deutsches Friedensprogramm?

Meldung der „Nowaja Sibir“.

Gorkis Organ, „Nowaja Sibir“, veröffentlichte Anfang Juli, wie jetzt hier bekannt wird, die Nachricht, daß Deutschland der japanischen Regierung folgendes Programm für eine internationale Friedenskonferenz übermitteln habe:

1. Deutschland will weder eine Annexion noch Kontribution im Westen.
2. Die mit Rußland und Rumänien abgeschlossenen Friedensverträge bleiben in Kraft und können auf dem internationalen Friedenskongreß der Durchsicht unterliegen.
3. Das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker wird anerkannt und wird auf der Friedenskonferenz entschieden. Das Schicksal Belgiens wird ebenda entschieden.
4. Die Balkanfrage bleibt offen und wird auf der Friedenskonferenz zur Durchsicht und Entscheidung gebracht werden.
5. Freie Seefahrt, Entlohnung von Gibraltar, des Suezkanals usw., das Recht der Benutzung von Kohlenstationen.

6. Die Frage der Kolonien wird mit dem Status quo ante bellum beigelegt.

Es ist nicht recht klar, wie dieses im ganzen sehr vernünftige Programm in die Hände einer russischen Redaktion gelangt sein soll.

Der vierte Tag der Hochoffensive.

Berlin, 22. Juli. (W. Z. N.) Der große die Entscheidung suchende Kampf Hoch hat auch am vierten Salschtag mit einem Misserfolg für den Ententegegnerismus geendet. In der ganzen Hauptangriffslinie von der Marne bis zur Marne verbluteten sich auf neue die feindlichen Divisionen des Feindes, ohne irgend welchen Vorteil erringen zu können. Wo der Gegner infolge rücksichtsloser Anhängung seiner Waffen auf engem Raum in unsere Linien einbringen konnte, wurde er sofort wieder geworfen. So mußten die über die Straße Soissons—Chateau-Thierry vorgeschobenen feindlichen Kräfte nach unserem erfolgreichen Gegenangriff im deutschen Verfolgungsfeld wieder über die Straße zurückweichen. In den Brennpunkten des Kampfes, wie bei Billemonaire und Tigny, waren die feindlichen Blotoper besonders schwer. Weber der Einsatz zahlreicher Tankgeschwader nach die Vernebelung des Kampffeldes, noch die Massenverwendung seiner Kräfte konnten den Feind seinem Ziele näherbringen. Während in den großen Offensiven dieses Jahres die Deutschen bei geringen Verlusten in wenigen Tagen 60—80 Kilometer im Angriff durchschritt und die feindlichen Armeen oft zur überhätigen Flucht zwangen, hat General Hoch kürzlich die Langverfolgung wegen vieler Hunderttausende eingeleitet, ohne auch nur im entferntesten ähnliche Erfolge, geschweige denn die erstrebte Entscheidung erringen zu können.

Frangösischer Heeresbericht vom 21. Juli abends. (Verjaplet.)

Die Schlacht dauert unter für uns günstigen Bedingungen auf der ganzen Front zwischen Marne und Aisne an. Nördlich des Ourcq drängen unsere Truppen den Feind, welcher sich bemüht, unseren Vormarsch aufzuhalten, zurück; sie sind unter Kämpfen in die Gegend nördlich von Billemonaire vorgerückt. Weiter südlich rücken wir östlich von der allgemeinen Linie Tigny—Billy-sur-Oisy vor. Südlich des Ourcq haben wir einen beträchtlichen Fortschritt über Neuilly St. Front hinaus gemacht und die Höhen östlich von La Croix und von Grisilles genommen. Unter dem doppelten Druck der frangösisch-amerikanischen Streitkräfte, welche zwischen dem Ourcq und der Marne vorgehen, und der frangösischen Einheiten, welche den Fluß zwischen Jossou und Charlevat überschritten haben, sind die Deutschen über die Linie Bezu—St. Germain—Mont St. Pére zurückgeworfen. Chateau-Thierry ist in weitem Umkreis nach Norden hin befreit. Zwischen der Marne und Reims vollzog sich der Kampf mit äußerster Festigkeit. Während des ganzen Tages griffen frangösisch-englische Truppen in Gemeinschaft mit italienischen Truppen mit unerwähllicher Beharrlichkeit die beträchtlichen Streitkräfte des Feindes an. Wir nahmen St. Supraise und Vouilly und gewannen im Ardreval, im Gehölz von Courton und im Königswalde Boden. Im Laufe dieser Unternehmungen nahmen die Engländer vier Geschütze und machten 400 Gefangene, darunter elf Offiziere, von denen zwei Bataillonsführer waren.

Der Kampf um Japans Intervention.

Die Konferenzen in Tokio.

„Times“ erfährt aus Tokio vom 17. Juli, daß die Konferenzen des Kabinetts und der diplomatischen Lots den ganzen Tag fortgesetzt wurden. Es heißt, daß die liberale Partei nachgegeben hat und die Regierungsvorschläge angenommen wurden. Es wird die Zusammenberufung einer außerordentlichen Sitzung des Landtages erwartet. Die Regierung verbot der Presse die Veröffentlichung von Berichten über Truppenbewegungen und andere bestimmte Mitteilungen. Der morgigen Versammlung werden die Minister des Krieges, der Marine und der Finanzen beiwohnen. Es wird dabei auch die Regelung der Finanzen und der Truppenverpflegung besprochen werden.

In den Schwierigkeiten, die zwischen Washington und Tokio bestanden, und die jetzt behoben sein sollen, haben die Bedürfnisse der japanischen Industrie nach Stahl und Eisen eine Rolle gespielt. Wie dem „L. A.“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, verlangte Japan freie Hand für die Ausbeutung der großen Erzlager im russisch-sibirischen Amurgebiet. Für die Vereinigten Staaten, die als Lieferant dieser Rohstoffe für Japan sehr in Betracht kommen, entstand damit die Frage, ob sie Japan als Kunden zu einem guten Teil verlieren und ihm die Ausbeutung dieser Gruben gestatten wollen, als die japanische Intervention in Sibirien zu einer Entscheidung dränge. Das Jögern der amerikanischen Regierung, dem Mikado freie Hand zu gewähren, wird nun darauf zurückgeführt, daß Japan als Entschädigung die Zulassung verlangte, jene Erzgebiete sich anzueignen.

Es wird vermutet, daß Washington dieses Jögern jetzt aufgegeben hat.

Japan hat aber auch in China reiche Quellen zur Befriedigung seiner Erznot aufgemacht. Denn durch ein eben geschlossenes Abkommen zwischen einem japanischen Syndikat und der chinesischen Regierung hat letztere die Bergwerke in der Kirin-Provinz gegen eine Anleihe von 20 Millionen Yen verpachtet, wovon die Hälfte des Betrages sofort gezahlt werden soll.

Rußland will neutral bleiben.

In Anbetracht der systematischen tendenziösen Berichte der ausländischen Presse, daß Rußland beabsichtige, ein Bündnis bald mit Deutschland, bald mit der antideutschen Koalition zu schließen, ist die Petrograder Telegraphenagentur ermächtigt zu erklären, daß Rußland neutral ist und auch neutral zu bleiben wünscht. Es hat durchaus nicht die Absicht, mit irgendeiner der kämpfenden Koalitionen sich zu verbinden.

Die Volksabstimmung im Batumgebiet.

Zu dem Bericht über die Vornahme einer Volksabstimmung im Batumgebiet wird uns von dem Mitglied des sozialdemokratischen transkaukasischen Zentralkomitees mitgeteilt, daß eine Volksabstimmung durch eine Okkupationsmacht und ohne jede rechtliche Kontrolle absolut nicht als maßgeblich betrachtet werden kann. Die georgische Regierung hat dagegen bereits einen öffentlichen Protest erlassen. Auch ein in Berlin anwesender Vertreter der im Batumgebiet wohnhaften Moschammedaner hat sich diesem Einspruch gegen die türkischen Methoden angeschlossen.

Huysmans über die Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London:

Camille Huysmans veröffentlicht im „Manchester Guardian“ einen Artikel über die Erklärung der deutschen Mehrheitssozialisten, die nunmehr bereit seien, die Stockholmer neutralen Friedensvorschläge als Grundlagen eines Gedankenaustausches anzunehmen. Huysmans nennt das einen bedeutenden Schritt nach vorwärts. Man könne von den deutschen Mehrheitssozialisten nicht erwarten, daß sie das Kriegszielmemorandum der Ententesozialisten annehmen. Verlangt wurde lediglich die Annahme der allgemeinen Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit und des verpflichtenden Schiedsgerichts, um das sich ein Bund freier und allmählich abrüstender Nationen schart. Das sei nun erreicht worden. Huysmans erklärt, er habe in Stockholm bereits im Gespräch mit deutschen Mehrheitssozialisten den Eindruck gehabt, daß sie bereit seien, Konzeptionen in der elsaß-lothringischen Frage zu machen. Ihre Meinung sei damals gewesen, daß es sich um eine rein deutsche Angelegenheit handle. Jetzt haben sie eine neue Haltung angenommen, die zweifelsohne eine Folge der Troelstra'schen Mitteilung sei, in der die Mehrheitssozialisten eingeladen wurden, die Frage von neuem zu prüfen. Huysmans erklärt, er wisse, daß diese Mitteilung großen Eindruck auf die deutschen Arbeiter und das Volk gemacht habe. Dem niederländischen Einfluss sei die neue Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten zuzuschreiben. Das offizielle Dokument ist zwar noch nicht angekommen, er werde es jedoch sofort, nachdem es in seinen Besitz gekommen sei, veröffentlichen; „aber alles, was wir davon wissen“, so erklärt Huysmans, „genügt, um unseren Optimismus zu rechtfertigen.“

„Manchester Guardian“ schreibt zu diesem Artikel Huysmans: „Troelstra ist der gefährliche Holländer, der nicht auf unsere Arbeiterkonferenz kommen durfte, weil er mit Scheidemann Verprechungen hatte. Und es zeigt sich nun, daß der Zweck dieser Verprechungen war: Scheidemann dazu zu bringen, einen Punkt der Bedingungen der Alliierten anzunehmen, der bisher ein unüberwindliches Hindernis für den Frieden gewesen ist. Aber so sind die Paradoxe des Krieges. Ein Neutraler, der den Feind dazu bringt, den wichtigsten Punkt anzunehmen, wird verdächtigt und darf nun nicht mehr mit unseren Leuten sprechen, weil er mit dem Feinde gesprochen hat!“

Der Prozeß Malvy.

Genf, 21. Juli. Bei der Fortsetzung des Verhörs Malvy am Freitag vormittag erklärte der Angeklagte, die Neutereien vom vergangenen Jahre seien auf das Scheitern der Apriloffensive zurückzuführen. Ferner habe der Zwischenfall in Paris, bei welchem auf den Boulevards durch Bestieres Annamiten auf die Bevölkerung geschossen worden wäre, große Mißbilligung erregt. Nach auherer erregter Debatte, die in geheimer Sitzung geführt wurde, beschloß der Senat, dem Malvy-Prozeß täglich zwei Sitzungen zu widmen.

Paris, 21. Juli. (Agence Havas.) Vom Obersten Gerichtshof wurde Leon Daudet als erster Zeuge vernommen. Er wiederholte die bereits vorgebrachte Beschuldigung des Einverständnisses Malvys mit der Bande vom Bonnet Rouge, die die Neutereien in der Armee genährt habe. Der Zeuge gab seinen festen Ueberzeugung Ausdruck, daß Malvy Bernat bezogen habe. Daraus machte Painlevé seine Aussage.

Genf, 22. Juli. Die Sonnabendssitzung des Malvy-Prozesses brachte

die Zeugenaussage Painlevés,

der den Beweis für die vollkommene Grundlosigkeit der Anklage antrat. Der Mißerfolg der Apriloffensive 1917, sagte er, sei darauf zurückzuführen, daß die Deutschen monatelang vor dem Eintritt Malvys in das Kriegsministerium genau über den Angriff unterrichtet waren. Der damalige Mißerfolg habe Neutereien hervorgerufen, so daß Painlevé die Erlaubnis zur Errichtung von Standerichten verlangte, die den Angeklagten keinerlei Garantien böten. Painlevé und Malvy hätten ihre Zustimmung hierfür gegeben.

Nach Honor Blättermeldungen machte das rücksichtslose Eintreten Painlevés für Malvy großen Eindruck auf den Senat. Bemerkenswert war die Parteinahme des Senatspräsidenten Dubost gegen Painlevé, die bei dessen Aussage zu scharfen Auseinandersetzungen führte, was im Senat Protestbewegungen gegen Dubost hervorrief.

Gegen Jaurés Mörder wird nicht verhandelt.

Bern, 20. Juli. „Nouvelles de Lyon“ meldet aus Paris: Die Anklagammer hat das Gesuch Villains, des Mörders von Jaurés, seinen Prozeß zu verhandeln, abgelehnt.

Sozialdemokratisches Ernährungsprogramm in Oesterreich.

Ein Antrag Dr. Renner und Genossen im österreichischen Abgeordnetenhause will die Regierung auffordern, folgende Ernährungsgrundsätze zu verordnen; man sieht aus dem Verzeichnis, daß in Oesterreich noch gefordert werden muß, was bei uns so ziemlich durchgeführt ist: Verbot privater Getreidevermehrung, Ueberwachung der Getreideaufläufer durch die Ernteaufbringungskommissionen, Enteignung der gesamten Kartoffelernte, strengstes Verfüterungsverbot für Droisfrucht und Kartoffeln, in besonders gefährlichen Fällen Beschlagnahme des Viehstandes, Verbot gewerblicher und privater Schlachtungen, die nur gemeinwirtschaftlich erfolgen sollen, Zuwendungen an Gemeinden und Verbraucherverorganisationen zur Anlage von Schweineanstalten, Oeffnung aller Forsten zur Waldweide, Milch- und Aufbringung durch die Molkereigenossenschaften, ausnahmslose Bewirtschaftung von Obst und Gemüse, Errichtung eines zivilisierten Zentraltransportamts, mit dem militärische Operationen vereinbart werden müssen, Vorrang von Lebensmitteltransporten vor Militärtransporten des Hinterlandes, Gleichstellung mit Fronttransporten, das ganze Staatsgebiet ein Wirtschaftsgebiet, Verhinderung von Absperungen, Einteilung in Wirtschaftskreise unter Kreiswirtschaftsämtern, Budgetfestschreibung der rein staatlich zu gestaltenden Zentralen durch den Reichsrat, Festschreibung aller Preise auf Grund des Getreidepreises, Gleichbleiben der Preise während des ganzen Jahres, staatliche Vergütung des Unterschiedes zwischen Inlands-, ungarischen und Kriegsgebietpreisen, sofern Einfuhr erfolgt, Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Verteilung, Zufuhrleistungen nur für schwerer Arbeitende, Umwandlung der Genossenschaften in Kriegsfürsorge, Ausgestaltung des Amtes für Volks- und Ernährung in ein vollberechtigtes Ministerium, Kundmachung

Groß-Berlin

Wenn man seine Sonntagserholung sucht!

Für die Bevölkerung Groß-Berlins ist die Möglichkeit, von den Mühen der Werktagsarbeit sich am Sonntag draußen im Freien zu erholen, jetzt sehr eingeschränkt. Schon der Verlust, aus der Steinwüste hinauszuweichen in Feld und Wald, begegnet infolge der auf den Eisenbahnen herrschenden jammervollen Verkehrszustände den größten Schwierigkeiten. Wegen einer Wagenüberfüllung, wie auf den Vorortstrecken wir Menschen sie in Geduld ertragen, würde Vieh dadurch protestieren, daß es krepirt. Den sonst so beliebten Fehlfahrer für einen Ausflug zu packen, ist eine traurige Aufgabe in einer Zeit, wo selbst trodenes Brot rar geworden ist. In Gastwirtschaften der Ausflugsorte sich fast essen zu lassen, kann nur ein Kriegsgewinnler wagen. Sogar das harmlose Vergnügen, sich im Wald sein Täschchen Kaffee-Ertragbrühe zu kochen, ist dem Ausflügler verweigert. Die Kocher und Töpfe aus leichtem Aluminium sind längst der Beschlagnahme verfallen, und wer sich etwa Ertrag aus schwererem Metall angeeignet hat, kann auch ihn jetzt im Walde nicht benutzen, weil er kein Feuer machen darf. Wieviel sonstige Verbote noch den erholungswürdigen Großstadtbewohner einengen und ihm das Leben erschweren, wissen wir im Augenblick nicht auswendig. Wir können aber jedem, der einen Sonntagsausflug plant, nur aus dringender Rater, zuvor einen Unterrichtskursus über die einschlägigen Gesetze und Verordnungen zu nehmen.

Daß man im Walde z. B. Zelte nicht ohne besondere Erlaubnis aufstellen darf, ist auch nicht allen bekannt. Die Genehmigung wird immer für bestimmte Forten erteilt, woraus sich ergibt, daß sie außerhalb des bezeichneten Gebietes nicht gilt. Uebel ist es einer Gesellschaft von zehn jungen Leuten ergangen, die an einem der letzten Sonntage einen Ausflug nach den bei Panke gelegenen Waldungen der Stadt Berlin machten, sich um die Mittagszeit am Heffese lagerten und dabei zwei Zelte aufschlugen. Bald erschien ein Forstbeamter in Uniform mit einem Begleiter in Zivilkleidung, und die ahnungslosen Ausflügler mußten sich belehren lassen, daß sie einen strafwürdigen Frevel verübt hatten. Sie hätten hier ihre Zelte nicht aufschlagen dürfen, denn der Zeltplatz, den sie bewohnten, gab ihnen nur die Genehmigung für königliche Forten. Was hatten sie davon gewußt oder daran gedacht, daß dieses Waldgebiet der Stadt Berlin gehört? Über der Herr in Zivil ließ nicht mit sich handeln, sondern verlangte Vergabe der Zelte oder zur Vermeidung eines formellen Strafbefehls die sofortige Zahlung von 5 Mark pro Kopf, worüber jedem auf Wunsch später eine Quittung zugehen werde. Ihm wurde genehmigt, man könne doch höchstens die Wäpfer der Zelte in Strafe nehmen. Er erklärte, auch die Mißbenutzer hätten sich strafbar gemacht. Die Forderung sofortiger Zahlung erstreckte sich sonar auf alle Ausflugsteilnehmer, von denen einige die Zelte nicht mal benutzt hatten. Die ganze Verhandlung schien zwar manchem etwas fenderbar, doch bequemen sich schließlich alle dazu, den geforderten Betrag sofort zu zahlen. Der Herr in Zivil, der die zehnmal fünf Mark noch einander in seine Westentasche verpackte, wäre für einen Schwindler gehalten worden, wenn nicht die Uniform des ihn begleitenden Forstbeamten das nötige Vertrauen erweckt hätte und er sich nicht unter Vorweisung einer Pleomarcie als Beamter der Stadt Berlin bezeichnet hätte. Mit den Ausflugsteilnehmern nehmen auch wir an, daß er ein in Zivilkleidung den Wald durchstreichender Forstbeamter war.

So also kann's einem gehen, wenn man im Gebiet der von der Stadt Berlin erworbenen Herrschaft Panke seine Erholung sucht! Als vor fünf Jahren der Magistrat die Stadterordnungen um ihre Zustimmung zum Ankauf für fast 20 Millionen Mark ersuchte, begründete er jenen Antrag unter anderem auch damit, daß die Waldungen um Panke ein vielbesuchtes Ausflugsziel sind und für die Bevölkerung hohen Gesundheitswert haben. Das geschilderte Vorgehen jenes Forstbeamten paßt schlecht zu der Zweckbestimmung, die damals so mitbetont wurde. Hatte er nötig, sofort eine Strafe festzusetzen, statt den Zeitabdruck zu fordern und sich mit Verwarnung zu begnügen? Wir bezweifeln, daß auch die Mißbenutzer sich einer Lebertretung schuldig gemacht hätten. Hier wurden aber sogar Personen, die nicht mal Mißbenutzer waren, in Strafe genommen. Wir erwarten, daß die sofortige Rückzahlung der zu Unrecht erhobenen Strafgebühren angeordnet wird. Darüber hinaus muß gefordert werden, daß der Berliner Magistrat alles tut, jede unnötige Belästigung der in den Wäldern um Panke ihre Erholung suchenden Ausflügler zu verhüten. Wie denkt man sich eigentlich den Schutz der Volksgesundheit, wenn der Bevölkerung und ihrem Nachwuchs die Erholung verweigert wird? Ist es nicht in dieser Zeit der Not mit ihrer Bedrohung der Volksgesundheit geradezu Pflicht, uns jede Erholungsmöglichkeit so ungeschmälert wie möglich zu lassen? Alles soll geschehen, mit allem soll gekämpft werden — nur die Kraft des Menschen scheint man für unerschöpflich zu halten.

Vom Wohnungsverband Groß-Berlin.

Die Verhandlungen über die Bildung eines Wohnungsverbandes Groß-Berlins haben zu einer Einigung zwischen den beteiligten Gemeinden noch nicht geführt. Uebereinstimmung besteht darin, daß die Wohnungsnot in Groß-Berlin durch eine Zentrale Stelle bekämpft werden müsse, auch in der Hauptsache über den Umfang dieser Aufgabe, allein über die Mittel zur Lösung gehen die Meinungen der einzelnen Gemeinden noch auseinander. Hauptächlich bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Art der Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Herstellung von Wohn- und Unterkunftsgelegenheiten. Den Vorschlägen der östlichen Gemeinden, insbesondere Neuköllns und Lichtenbergs, die Heranziehung der einzelnen Gemeinden zu den Kosten nach ihrer Steuerkraft zu regeln, stehen die westlichen Vororte ablehnend gegenüber, die die Verteilung der Lasten auf die einzelnen Gemeinden nach der Einwohnerzahl geregelt wissen wollen. Infolge dieser Gegensätze wurden die Verhandlungen auf kommenden Donnerstag vertagt.

Inzwischen soll versucht werden, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, die auch in bezug auf die in den Verbandsauschüssen zu entsendenden Vertreter der einzelnen Gemeinden hervorgerufen sind. Nach dem Entwurf für die Verbandsauftragungen sollen nämlich auf Berlin der Vorsitzende und zehn weitere Mitglieder entsenden, während den übrigen fünf Stadtgemeinden und den beiden Landkreisen Teltow und Niederbarnim nur je zwei Vertreter zugewiesen worden sind. Es soll versucht werden, durch eine Lastenverteilung auf Grund der Steuerkraft und der Einwohnerzahl eine andere Zusammenfassung des Verbandsauschusses eine Einigung zu erzielen.

Hauswirte und Kriegerfrauen.

Den Antrag formulieren auf Gewährung der Mietbeihilfe werden mit Sammeltempel die Worte aufgedruckt: „bis auf weiteres“ oder „für die Dauer der Einberufung.“ Verstorbenen Hauswirte streichen bei der Erklärung zur Mietpreisermäßigung den zweiten Satz und sind nun in der Lage, den zugestanden den Mietnachlaß jederzeit rückgängig zu machen. Von den Frauen können sie die schriftliche Verpflichtung fordern, diesen Teil der Miete fortan ebenfalls zu zahlen, mit der Drohung, daß ihnen sonst auch die Mietbeihilfe entzogen wird. Da die Gewährung der Mietbeihilfe der Stadt Berlin in der Regel von der Gewährung eines Mietnachlasses abhängig gemacht wird, fällt mit dem Aufheben des Mietnachlasses auch die Mietbeihilfe fort. Nur wenn dem der Hauswirt sich selber in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage

befindet, wird die Mietbeihilfe auch dann gewährt. Nun wäre die Entziehung des etwa 3 bis 4 M. monatlich betragenden Mietnachlasses für die Kriegerfrauen, die erwerbstätig sein können, noch erträglich. Doch geht dieser Entziehung nicht selten eine direkte ein- und zweimalige Steigerung des Mietpreises voraus. Eine Frau, die sich mit der Erhöhung des Mietpreises um etwa 8 M. einverstanden erklärt, würde dies nicht ohne vorherige Anrufung des Mieteinigungsamts tun, wenn sie wüßte, daß hinterher auch noch die Entziehung des Mietnachlasses kommt. Die Furcht vor einem Wohnungswechsel in gegenwärtiger Zeit zwingt viele Kriegerfrauen, sich zu Mietsteigerungen zu verpflichten, die sie einfach nicht tragen können. In manchen Fällen scheint es direkt darauf abgesehen zu sein, durch unverhältnismäßig hohe Steigerung die Frauen zur Kündigung zu zwingen. Man gibt ihnen den Rat, sich eine billigere Wohnung zu suchen, da es ihnen ja doch schwer fallen dürfte, den erhöhten Mietpreis zu erwirtschaften.

Es ist die höchste Zeit, daß auf diesem Gebiete Wandel geschaffen wird. Die im Felde stehenden Männer dürfen nicht mit der Sorge belastet werden, daß sie bei der Heimkehr eine beträchtliche Mietschuld vorfinden und Gefahr laufen, mit ihrem wertvollsten Gutrat auf die Straße gesetzt zu werden, während die wertvolleren Möbel zurückgehalten werden zur Tilgung der Mietschuld.

Ein bißchen mehr Sonntagstraße.

Die Abänderung der Bestimmungen über die Sonntagstraße im Handel, die für Berlin im März dieses Jahres beschlossen wurde, soll nun endlich am 1. August in Kraft treten. Der Oberpräsident bestätigte das neue Ortsstatut unterm 27. Mai „mit der Maßgabe, daß dem Magistrat Berlin die Bestimmung darüber, wann das Ortsstatut in Kraft treten soll, überlassen bleibt.“ Als der Magistrat es im Wort dem Oberpräsidenten mit dem Antrag auf Bestätigung überanderte, hatte er in dem Statut bereits den 1. Mai als den Zeitpunkt angegeben, an dem es in Kraft treten sollte. Die von Berlin mit Vorortgemeinden nochmals angeführten Verhandlungen wegen Derbeisführung einer für Groß-Berlin einheitlichen Sonntagstraße scheinen der Grund zu sein, aus dem das Inkrafttreten des Statuts für Berlin schließlich noch bis zum 1. August hinausgeschoben wurde. Das Berliner Statut bringt die völlige Sonntagstraße für offene Verkaufsstellen des Handelsgewerbes mit Ausnahme derjenigen des Nahrungs- und Genussmittel-, Blumen- und Zeitungshandels, für die es bei den bisherigen Bestimmungen bleibt. Bewilligt haben die Gemeindebehörden dieses bißchen Erweiterung der Sonntagstraße nur unter der Bedingung, daß der Beschluß nur für die Dauer des Krieges gelten soll. Das neue Ortsstatut enthält in einem damals beschlossenen besonderen Zusatz geradezu die Verpflichtung, die Abänderungen nach dem Kriege wieder aufzuheben und ohne weiteres wieder das bisherige Statut in Kraft treten zu lassen.

Neue Höchstpreise für Gemüse.

werden vom Magistrat veröffentlicht. Danach betragen die Höchstpreise für Möhren und längliche Karotten ohne Kraut 22 Pf., für runde, kleine Karotten ohne Kraut 22 Pf., für Möhren ohne Kraut 27 Pf. je Pfund und die Kleinsthöchstpreise für Möhren und längliche Karotten ohne Kraut 30 Pf., für runde, kleine Karotten ohne Kraut 42 Pf., für Möhren ohne Kraut 12 Pf., für Kohlrabi mit Kraut 30 Pf. und für Kohlrabi ohne Kraut 35 Pf. für das Pfund.

Sind Warschauer Bonbons „Delikatessen“?

Vom Magistrat Berlin wird uns geschrieben: Nach einem am letzten Sonnabend in der Tagespresse veröffentlichten Verhandlungsbericht hat eine Berliner Ferienkammer einen Kaufmann, der aus Warschau eingeführte Bonbons im Großhandel umgesetzt hatte, obwohl er lediglich die polizeiliche Genehmigung für den Handel mit „Delikatessen“, nicht aber mit Lebensmitteln allgemein befaßt und infolgedessen in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, freigesprochen. Die Strafkammer soll sich dabei auf den Standpunkt gestellt haben, daß Bonbons der fraglichen Art tatsächlich zu den Delikatessen gehören. Das Urteil könnte, obwohl es zu dieser Frage nicht unmittelbar Stellung nimmt, geeignet erscheinen, in weiten Kreisen die irrige Meinung zu erwecken, daß Warschauer Bonbons überhaupt nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, sondern zu den Luxusartikeln zu rechnen seien und infolgedessen völlig freier Preisbildung unterliegen. Dies ist bekanntlich keineswegs der Fall. An Hand der Rechtsprechung des Reichsgerichts müssen vielmehr Bonbons im allgemeinen und somit auch Warschauer Bonbons durchaus als Gegenstände des täglichen Bedarfs angesehen werden. Die Staatsanwaltschaft ist im übrigen bereits gebeten worden, gegen das Urteil der Ferienkammer das Rechtsmittel der Revision einzulegen.

Gegen Obstpachtvereine und Gemüseschiebungen.

wendet sich der Landrat des Kreises Niederbarnim. Auch in diesem Kreise drohen die Preistreiber bei der Versteigerung von Obstbaumbeständen, die im vorigen Jahre eingetretten sind und den Erwerbern vielfach die Einlösung der Höchstpreise bei der Weiterveräußerung unmöglich gemacht hat, in diesem Jahre wiederzukommen. Der Landrat weist deshalb darauf hin, daß eine Preistreiber bei der Versteigerung von Obstbaumbeständen als „unklaure Machenschaften“ im Sinne der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 der Verurteilung wegen Kriegswuchers unterliegt, und behält sich vor, erforderlichenfalls besondere Maßregeln zu treffen. Ferner ist bei der Niederbarnimer Kreisverwaltung zur Sprache gebracht worden, daß bei der Verteilung des Gemüses die Gemüselieferanten vielfach ihre alten Kunden bevorzugen sollen und andere Käufer mit Bemerkungen wie „Die Ware ist bereits bestellt“ und ähnliches abweisen, so daß Personen, die früher weniger Gemüse bezogen haben, nur schwer oder gar nicht etwas kaufen können. Der Landrat weist darauf hin, daß in einem derartigen Verhalten der Gemüselieferanten der Tatbestand des § 1 Ziffer 3 der Verordnung gegen Preistreiber erblickt werden kann, und zwar auch dann, wenn es sich nur um unmittelbaren Gewinn handelt. Nach dieser Bestimmung wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 200 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, wer Gegenstände des täglichen Bedarfs oder des Kriegesbedarfs, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, in der Absicht zurückhält, einen übermäßigen Gewinn zu erzielen.

Postverkehr mit deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverhafteten in Rußland.

Um eine Nachrichtenübermittlung zwischen Kriegsgefangenen und Zivilverhafteten einerseits und der Heimat andererseits zu fördern, hat das deutsche Fürsorgekomitee in Moskau eine Zentralpoststelle für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und ihre Angehörigen eingerichtet. Jedem Kriegs- und Zivilgefangenen ist es gestattet, zweimal monatlich eine Postkarte nach der Heimat zu senden. Die Postkarte wird durch Kuriergelegenheit der deutschen Hauptkommission in Moskau zugestellt und diese ihrerseits sendet die Post an die Postüberwachungsstelle Berlin D. 17, von wo aus die Zustellung an die Angehörigen erfolgen wird. In analoger Weise soll durch Vermittlung der Rote Kreuz-Vereine und Hilfen für Kriegsgefangene Deutsche eine Nachrichtenübermittlung von der Heimat an die Gefangenen in die Wege geleitet werden. Jedem

Gefangenen darf zweimal monatlich eine Postkarte von seinen Angehörigen geschrieben werden. Diese Postkarte ist bei dem zuständigen Fürsorgekomitee einzuliefern. Preise jeglicher Art sowie Pakete sind von dieser Beförderung ausgeschlossen. Ist der Adressat der Postkarte nicht aufgefunden, so wird die Postkarte seitens der betreffenden Fürsorgekommission vernichtet werden, weil eine unnötige Belastung der Kuriers vermeiden werden muß. Es sollte deshalb von dieser Einrichtung erst Gebrauch gemacht werden, nachdem zuverlässige Mitteilungen über den Aufenthalt des betreffenden Kriegsgefangenen oder Zivilverhafteten vorliegen. — Diese Nachrichtenübermittlung ist lediglich als Ergänzung zu der allgemeinen Gefangenenpost gedacht, welche nach Eröffnung des allgemeinen Postverkehrs zwischen Deutschland und Rußland wieder aufgenommen ist. Sie bezweckt, von den unzuverlässigen russischen Verkehrsverhältnissen unabhängig zu sein. Geeignete Vordrucke können in Berlin entgegengenommen werden bei dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge, Berlin SW. 11, Abgeordnetenshaus, Prinz-Albrecht-Str. 5, Obergeschloß, Zimmer 15, werktäglich zwischen 10 bis 1 Uhr vormittags, 4 bis 6 Uhr nachmittags, wo auch die ausgeschriebenen Postkarten abzugeben sind.

Ein Ei kann auf Abschnitt 49 der Eierkarte vom 23. bis 31. abgegeben und entnommen werden. Der Preis für diese von der P. G. G. gelieferten, aus der Ukraine stammenden Eier darf in Berlin im Kleinhandel 56 Pf. für ein Ei nicht übersteigen. Eine Ermäßigung des recht hohen Preises hat sich, wie der Magistrat Berlin mitteilt, trotz Bemühung nicht erreichen lassen.

Unerlaubter Papierhandel. Obwohl der Handel mit unbedrucktem Papier, Karton und Pappe bereits seit dem 24. Mai d. J. nur noch solchen Personen und Firmen gestattet ist, die mit diesen Waren vor dem 1. Januar 1916 Handel getrieben haben, wird der Handel trotzdem vielfach noch von Händlern fortgesetzt, die damit vor dem 1. Januar 1916 nicht gehandelt haben. Diese unerlaubte Fortsetzung des Handels ist strafbar. Vielfach wird auch angenommen, daß die Verordnung nur den Großhandel mit Papier betrifft. Diese Annahme ist irrig. Auch die Ladengeschäfte, die Papier nur im Kleinhandel abgeben, bedürfen einer besonderen Handelserlaubnis, sofern der Papierhandel erst nach dem 1. Januar 1916 begonnen ist. Anträge auf ausnahmsweise Zulassung zu diesem Handel sind an die Handelsverwaltungsstelle für den Landespolizeibezirk Berlin in Berlin-Schöneberg, Apollon-Palais-Str. 9, zu richten.

Im Drucksachenversand nach dem Ausland und den besetzten Gebieten treten vom 1. September Einschränkungen ein. Druckschriften jeder Art dürfen, soweit ihre Ausfuhr überhaupt zugelassen ist, nach dem Ausland und den besetzten Gebieten im Postwege von Firmen nur versendet werden, wenn sie zur Aufrechterhaltung der bestimmten Postämtern zugelassen sind. Die Zulassung wird von dem Militärbefehlshaber erteilt, der für den Wohnort oder den Ort der Niederlassung des Versenders zuständig ist. Privatpersonen dürfen Druckschriften nach dem Ausland und den besetzten Gebieten nicht mit der Post versenden oder den Versendungsberechtigten zum Versand übergeben. Feldpostsendungen an Angehörige des Heeres und der Marine sowie an andere Feldpostberechtigten werden hiervon nicht betroffen. Ebenso bleibt der Versand von Zeitungen durch die Verlagspostanstalten (Postbezug) unberührt.

Minderwertige Briefmarken und Postkarten. In letzter Zeit wird mit Recht über die geringe Klebfähigkeit der Briefmarken und die miserable Beschaffenheit der amtlichen Postkarten geklagt. Die Postverwaltung stellt nicht in Abrede, daß sich in beiderlei Hinsicht die Verhältnisse gegen früher verschlechtert haben. Die Ursache davon ist in Schwierigkeiten zu suchen, die sich neuerdings bei der Herstellung des Klebstoffes und des Papiers ergeben und die sich vor der Hand angeblich nicht beseitigen lassen. Um zu erreichen, daß die Marken möglichst gut haften, empfiehlt es sich, daß die Verbraucher sie vorsichtig und nur mäßig anfeuchten. Andersfalls wird von der Klebstoffschicht zu viel fortgenommen, so daß die Marken dann unter Umständen abfallen.

Ueber Wehrverträge spricht am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, Prof. Dr. Gäbner im großen Hörsaal des Botanischen Museums, Dablen, Königin-Luise-Str. 6-8. Der Besuch ist unentgeltlich. Kinder unter 14 Jahren werden nicht zugelassen.

Der Reichstagspräsident als Verteidiger. In der bekannten Strafsache gegen den Inhaber des Restaurants Diller, Gastwirt Alfred Walterpiel, der wegen Verstoßes gegen verschiedene kriegswirtschaftliche Verordnungen für das Gastwirts-gewerbe vom Schöffengericht zu einer höheren Geldstrafe verurteilt worden ist, stand gestern vor der Strafkammer I des Landgerichts I Termin zur Verhandlung in der Verurteilungssitzung an. Als Verteidiger in dieser Sache war der jetzige Reichstagspräsident, Rechtsanwalt Fehrenbach, der auch schon in erster Instanz die Verteidigung geführt hatte, angemeldet. Vom Präsidenten Fehrenbach lag aber ein Telegramm aus Baden-Baden vor, in welchem er mitteilte, daß er an einem heftigen Nierenschmerz erkrankt und aus diesem Grunde verhindert sei, an Gerichtsstelle zu erscheinen. Der Angeklagte selbst berief sich auf eine Reihe neubenannter Zeugen, die seine Nichtschuld bezw. seinen guten Glauben bezeugen sollten. — Unter diesen Umständen beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertagen.

Eine Bande von Eisenbahndieben, an deren Spitze ein Zugführer stand, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Bei dem Bahnhofsleiter Peters in Boddorf an der Reimendorfer-Liebenwalder Bahn hatten Eisenbahndiebe in der Nacht zum Sonntag 26 Flaschen Sekt, Zigarren, bares Geld und anderes mehr. Gleich nach Entdeckung des Einbruchs wurden die Bahnhofsstationen benachrichtigt, und es gelang, einen der Täter, einen 18 Jahre alten Schlosser Heinrich Weining in Reimendorfer mit seiner Beute festzunehmen. Bei den Nachforschungen in seiner Schlafkammer ergab sich, daß sein Schlafwirt, ein 20 Jahre alter Zugführer Bruno Watisil von der Reimendorfer-Liebenwalder Bahn, mit ihm und einem zweiten Schlafkammer, einem fahnenflüchtigen Soldaten Schmidt, gewerbmäßig Einbrüche auslandschaffte und ausführte. Watisil wußte auch von dem Einbruch bei Peters und ließ die Eisenbahndiebe mit der Beute in seinen Zug einsteigen. In der Vernehmung der drei fand man noch gestohlene Sachen aller Art, einen Kavalierstiefel und einen Infanteriestiefel, ein Paar Infanterie-„Schaffstiefel“, Stiefelsohlen, Treibriemen, Waffenzöpfe, eine französische Kriegsgefangenenmütze, einen Handford mit Reife- und Wirtschaftsfäden und dergleichen mehr, dann auch einen Dreikantstiefel zum Aufschließen von Eisenbahnwagen.

Charlottenburg, Lebensmittel. Es gelangen in dieser Woche zur Ausgabe: Kleib. 250 Gramm, Abschnitt 30a—k der Reichs-Helfskarte (Rundentente). Der Käufer ist verpflichtet, soweit die Vorräte es erfordern, auf eine Helfskarte 50 Gramm Wurst zu entnehmen. Kartoffeln bzw. Ertrag, Abschnitt 30a—e, zusammen 5 Pfund Kartoffeln; auf Abschnitt 30f und g vom 22. bis 27. Juli je 50 Gramm, zusammen also 200 Gramm Graupen, 15 Pf., oder Hülsenfrüchte, ungekocht 26 Pf., gekocht 20 Pf., je nach Vorrat. Zucker, 1/2 Pfund, auf die Zuckerkarte vom 16. bis 31. Juli. Butter und Eier wie besonders bekanntgemacht. — Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Ausweis Charlottenburg: Teigwaren, 200 Gramm, Abschnitt 43 vom 18. bis 27. Juli. 1. Sorte zum Preise von 0,34 M., 2. Sorte zum Preise von 0,24 M., Suppen, 100 Gramm, Abschnitt 44, vom 18. bis 27. Juli. 2. Wurst, à 50 Gramm,

zum Preise von 10 Pf. oder 2 Würfel à 50 Gramm zum Preise von 15 Pf. Graupen, 200 Gramm, Abschnitt 45, vom 18. bis 27. zum Preise von 15 Pf. Suppen, 100 Gramm, Abschnitt 46, vom 25. Juli bis 3. August, Kriegsuppe Nr. 22 zum Preise von 15 Pf. oder Kriegsuppe Nr. 29 zum Preise von 15 Pf. oder Morgenbrant zum Preise von 45 Pf. 250-Gramm-Packung, Graupen, 200 Gramm, Abschnitt 47, vom 25. Juli bis 3. August, zum Preise von 15 Pf. Kunsthonig, 250 Gramm, Abschnitt 54, vom 18. bis 27. Bohnen zum Preise von 38 Pf. oder Kuchenschokolade zum Preise von 37 Pf. Auslandsmarmelade, 225 Gramm, Abschnitt 55, vom 25. Juli bis 3. August, zum Preise von 84 Pf. — Rote Nahrungsmittelfarbe: Mäuserwaren, 1/2 Pfund, Abschnitt 106, sowie auf Abschnitt D 4 der Berliner Bezugsliste, 1/2 Pfund, Abschnitt 197, vom 1. Juli ab, zum Preise von 1,25 M. frische See- oder Flußfische, je 1 Pfund, Abschnitt 200, sowie auf Abschnitt „G“ der Berliner Bezugsliste.

Pankow, Lebensmittel. In dieser Woche dürfen auf die 4 Abschnitte 117a und b der Kartoffelliste je 1/2 Pfund, zusammen also höchstens 2 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Auf die Abschnitte 117c—g dürfen Kartoffeln weder abgegeben noch entnommen werden. Diese Abschnitte dürfen bis auf weiteres von der Kartoffelliste nicht getrennt werden, auch nicht in Schaufenstern und Speisewirtschaften. Als Ersatz für die Kartoffeln auf die Abschnitte 117c—g werden andere Lebensmittel abgegeben. Das Nähere wird noch bekanntgegeben werden. — Soweit noch Bestände an Marmelade bei den hiesigen Kaufleuten und Händlern vorhanden sind, können auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 100 der Pankower Lebensmittelkarte 125 Gramm Marmelade entnommen werden. Der Preis beträgt für 125 Gramm 0,28 M.

Cöpenick, Stadtfest. Verteilte Lebensmittel gelangen von Donnerstag, den 25., ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

— Eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Ostbahn (Straßenbahn) von Cöpenick nach Oberichowenweide zur Arbeitsstelle benutzen, findet am Sonntag, den 28., vormittags 10 1/2 Uhr, im Stadttheater Kott. in der Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion der Straßenbahn und dem Kriegsamte bezüglich der Tagelohnfortdauer der Arbeiterwochenlöhne gegeben wird.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 52 und 53 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden zusammen 450 Gramm Marmelade verteilt. (Abschnitt 52 225 Gramm und Abschnitt 53 225 Gramm.) Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 24. zu erfolgen. Verkaufspreis für 1 Pfund 92 Pf. — Der Gemeindevorstand ist erst in der Lage, Güter für Privatbesitzer beschaffen zu können. Interessenten wollen umgehend ihren Bedarf schriftlich beim Ernährungsamt anmelden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Cöpenick, Mittwoch, den 24., abends 8 Uhr, im Stadt-Theater Versammlung der Parteioffiziere. Bericht des Vorstandes, Neuwahl desselben sowie die nächsten Stadtverordnetenwahlen stehen zur Besprechung, daher zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Berichtszeitung.

Post- und Straßenbahn-Korruption.

Zwei Beleidigungsflagen, die zwei Abteilungen des Kriminalgerichts beschäftigt, haben ihren Ursprung in der immer mehr sich verbreitenden Korruption. Der Redakteur Ernst Diez in der „Groß-Berliner Zeitung“, Herausgeber der Zeitschrift „Natur und Gesellschaft“, hatte, wie er angibt, unter den Juristen und Unregelmäßigkeiten in der Postbesetzung schwer zu leiden und sah, daß alle Schritte, die er zur Abstellung des auch von anderen Bewohnern von Groß-Berlin getriebenen Unregelmäßigkeiten unternahm, erfolglos waren. Er wendete sich an die Postverwaltung und richtete an den dortigen Postdirektor Ratschmann, den er als verantwortlich für die im Postbetriebe in der Postverwaltung getriebenen Unregelmäßigkeiten erachtete, mehrere Schreiben. Darin machte er ihn in sehr temperamentsvoller Weise und in recht deutlichen Worten Vorhaltungen über die zutage tretenden Mängel, beschwerte sich darüber, daß der Postdirektor anscheinend nicht die Kraft habe, sie abzustellen, erklärte, daß ihm

mehr auf die Finger gesehen werden sollte usw. Dazu trat noch ein telephonischer Gespräch mit dem Postdirektor, in welchem er diesen u. a. sagte: „Sie haben die Ähren eines Bureaukraten, Sie tyrannisieren das Publikum.“ Das Schöffengericht hatte den Angeklagten wegen Beleidigung zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II beantragte der Staatsanwalt eine Erhöhung der Strafe auf 600 M. Rechtsanwalt Schaber gab zu, daß sich der Angeklagte wohl im Tone vergriffen habe, behauptete aber, daß es sich nur um scharfe Kritiken handle, die kein beschimpfendes Wort enthielten. Der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen. — Das Gericht billigte den Angeklagten aus gleichen Erwägungen den Schutz des § 193 St.G.B. zu, verwarf die Berufung des Staatsanwalts und sprach den Angeklagten frei.

Der zweite Fall der Verkehrs-Korruption führte den Kaufmann Eugen von Bernhardt vor das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Der Angeklagte wartete am 4. Januar sehnstchtig, aber lange Zeit vergebens in Friedenau auf das Erscheinen des Wagens der Linie 61. Als nach fast halbstündigem Warten und nachdem schon zwei Wagen der Linie 60 vorübergefahren waren, endlich der Wagen 61 erschien, besaßte sich der sehr erregte alte Herr bei der Schaffnerin über das lange Ausbleiben des Wagens. Als die Schaffnerin erklärte, daß sie doch nichts dafür könne und im übrigen doch schon zwei Wagen Nr. 61 vorübergekommen sein müßten, geriet der Angeklagte noch mehr in Wut und herrschte sie mit beleidigenden Worten an wie „Unverschämte Dumm!“, „Unverschämtheit!“, „Rauhalten!“, „Guch Weiber müßte man auf einen Dauen stellen, mit Petroleum begießen und dieses anzünden!“ — Die Straßenbahngesellschaft hatte für die Schaffnerin den Schadenersatz gestellt. — Der Angeklagte behauptete, daß die Schaffnerin zuerst das Wort „Rüge“ gebraucht und ihn weiter dadurch gereizt habe, daß sie im Wagen hin- und hergelaufen sei und andauernd „zackert und raddelt“ habe. Das Schöffengericht hob die Beleidigung als erwiesen an, hielt aber dem Angeklagten zu Gute, daß er unter der nebenherregenden Verkehrs-Kalamität gelitten und verurteilte ihn deshalb nur zu 15 M. Geldstrafe.

Der Markthallenband als Witze. Wenn sonst eine heiratsfähige Tochter einen „Stand“ mitbekommen soll, so meint man damit natürlich einen Stand Vetter. In einem vor dem Berliner Kaufmannsgericht verhandelten Falle bestand aber das Witzeversprechen in einem Stand in der Markthalle, und zwar war es die Gefäßhändlerin Malwine R., die das Versprechen ihrem Sohne gegenüber abgegeben hatte. Der Sohn Viktor R., der gegen seine Mutter Klage erhob, behauptete nämlich im Prozeß, die Mutter hätte erklärt, sie richte ihn in einen eigenen Stand in der Halle ein, wenn er heirate. Er seinerseits hätte die Bedingung erfüllt, indem er ein anständiges und fleißiges Mädchen zur Frau nahm, die Mutter aber hätte ihre Zusage nicht gehalten und ihm für seine Tätigkeit in deren eigenen Stand kein Gehalt gezahlt, obgleich sie ihm 300 M. monatlich versprochen hätte. Die verklagte Mutter freilich gibt eine andere Darstellung des Sachverhalts. Wenn der Sohn sich bewährt hätte, dann hätte sie ihm vielmehr einen Stand eingerichtet, der junge Mann sei jedoch sehr leichtsinnig, verführe sich mit Geld umzugehen und habe ihr schon viele Tausende gelostet. Ihre Hoffnung, daß der Sohn sich in der Ehe bessern würde, habe sich nicht erfüllt. Das von ihr angelaufene Gefäß habe er weiterverkauft und das Geld in seine Tasche gesteckt. Sie habe den Sohn zahlreiche Male aus dem Markthallenstand hinausgewiesen, er war nicht loszuwerden. — Da die Beweisaufnahme auch kein klares Bild davon abgab, ob hier ein richtiges Dienstverhältnis zwischen Mutter und Sohn vorlag, so empfahl das Gericht beiden Parteien, den Streit mit einer Zahlung von 150 Mark zum völligen Ausgleich aus der Welt zu schaffen. Es mache, so bemerkte der Vorsitzende, einen recht peinlichen Eindruck, wenn sich Mutter und Sohn, zumal in der jetzigen Zeit, derart besähen. Der Vergleich kam auch in dieser Höhe zustande.

Aus aller Welt.

Folgeschwere Explosion einer Munitionsfabrik. Berlin, 22. Juli. Amtlich. Die in Plauen befindliche Munitionsfabrik A. G. B. ist am 19. d. M. nachmittags, vermutlich durch Selbstentzündung von Sprengstoffen teilweise zerstört worden, wobei außer beträchtlichem Sachschaden leider auch eine größere Anzahl von Menschenleben zu beklagen sind. Der Brand war nach 2 1/2

Stunden durch die Feuerwehr gelöscht; es ist zu hoffen, daß der Betrieb bald wieder aufgenommen werden kann.

Explosionen in einem französischen Bombendepot.

Bern, 21. Juli. „Progrès de Lyon“ teilt mit, daß im Arsenal in Caïres eine Reihe von Explosionen in einem Bomben- und Sprengstoffdepot stattgefunden habe. Nach der ersten Explosion wurde Anordnung auf Mäuerung der Stadt erteilt. Daß dieser Maßnahme ist die Zahl der Opfer, obwohl genau noch nicht bekannt, gering; der Schaden in der Stadt ist sehr groß und erstreckt sich bis auf zehn Kilometer im Umkreise. Eine Explosion des Pulverlagers und der Hauptladefässer konnte bisher verhindert werden.

Großer Brand im Hafen Piräus.

Bern, 22. Juli. Die „Agence Hellenique“ aus dem Haag meldet, berichten die englischen Blätter, daß ein großer Brand gewaltige Mengen Kriegsmaterial und Geschosse zerstört im Hafen Piräus vernichtet habe. Der Schaden soll mehrere Millionen Pfund Sterling betragen.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Reutlin. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Berliner Straße 86/87, Vortrag des Stadtverordneten Pögel über: Fritz Reuter, mit Regitation.

Wasserhandelsnachrichten der Landesbank für Gewässerfunde. mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	20.	21.	Wasserstand am	20.	21.		
	cm	cm		cm	cm		
Memel	131	128	Zaale	Broßhli	54	53	
Pregele	Amberg	—35	—35	Havel	Brandau	29	30
Reichel	Thorn	—22	—21		Radzenow	—2	—4
Oder	Rathor	98	98	Spree	Spreenberg	76	74
	Strohen	86	—		Herzdorf	206	—
	Frankfurt	94	93	Weiser	Rüden	121	—
Warthe	Schimm	16	—		Rüden	174	—
	Landberg	—2	—5	Rhein	Maginikau	455	—
Neck	Rordam	—43	—44		Gand	215	—
Elbe	Zeitmetz	—35	—46		Gän	184	—
	Preßden	—154	—154	Neckar	Delbronn	22	—
	Verb	80	78	Watu	Canau	94	—
	Magdeburg	79	—	Mosel	Lier	3	—

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Mäßig warm, veränderlich, vorwiegend wolfig und im Küstengebiet ziemlich zahlreich, im Binnenlande mehr vereinzelt, meist geringe Regenfälle. Stichweise Gewitter.

Täglich erscheint im „Vorwärts“ der Stellen-finden Sie im „Vorwärts“ mit seinem ausgedehnten Verbreitungsgebiet **gutbezahlte Stellung.**

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mark frei ins Haus.

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
Straße?	_____
Bei wem?	_____

bestellt ab 1. August den „Vorwärts“ zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.

Diesen Zettel wolle man ausgefüllt an die Hauptexpedition, Berlin SW, Lindenstraße 3, senden.

Deutsches Theater. Letzte Woche allabendl. 8 U.: Max Pallenberg in **Familie Schmek.** Kammerstücke. Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Inkognito.** (Operette.) **Volkstheater, Th. a. Blüowpl.** Allabendlich 7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtsstraum. **Theater des Westens** Allabendlich 7 1/2 Uhr: **Die Tänzerin.** **Theater Königgrätzerstr.** 8 Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.** **Komödienhaus** 8 Uhr: **Die Zart.** **Berliner Theater** 7 1/2 U.: **Blitzblanes Blut.** **Theater der Friedrichstadt.** Ecke Friedrich- u. Linienstr. Telefon: Norden 8650. Täglich 7 1/2 Uhr: **Die erste Geige.** Sonnt. nachm. 3/4, kleine Pr.: **Jugend.**

Theater für Dienstag, 22. Juli. **Central-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin.** **Deutsches Opernhaus** 7 1/2 U.: **Die schöne Helena.** **Friedrich-Wilhelmst. Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.** **Komische Oper** 7 1/2 U.: **Schwarzwalddädel.** **Kleines Theater** 8 Uhr: **Aristid und seine Fehler mit Bassermann.** **Metropol-Theater** 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege** **Neues Operettenhaus** 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.** **Residenz-Theater** 7 1/2 Uhr: **Flimmer-Klärchen.** **Schiller-Th. Charl.** 7 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg.** **Thalia-Theater** 7 1/2 Uhr: **Unter der blühenden Linde** **Theater am Nollendorfplatz** 7 1/2 Uhr: **Sancta Olympe**

Palast mit dem Schwank Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3/4 u. 7/4. Großer Lacherfolg! **Gesamt-Gastspiel** des **Herrnfeld-Theaters** **Die Kriegsgewinnler.** Hauptroll: Dir. A. Herrnfeld, Ferd. Grünecker. **Trianon-Theater** 8 H. Friedrichstr. Ztr. 427, 2301 8 U. Zum 326. Male: **Der Lebensschüler.** Kaiser-Titz, Bildt, Flink. Sonnt. nachm. 1/4 u. kl. Pr.: **Schneewittchen.** Sonntag 4 Uhr: **Johannistauer.**

Ungeahnte Erwerbsmöglichkeiten bietet die nächste Zukunft. Eine tief greifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. d. Handel steht bevor, und es werden überaus **geschulte Kräfte gesucht** sein. Angehörige technischer Beruf u. Handwerker sollen nicht veräumen ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Aufschwungs sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehre, durch einjähriges Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „**Syst. Karnack Hochfeld**“, 80 S. starke Broschüre Kostlos. **Bonnest & Hochfeld, Potsdam Postfach 157**

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter langjährigem Mitwirken, die **Anna Blanbois** verstorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Juli, nachmittags 4 Uhr, am dem Franz. Reformierten Kirchhof in Panow, Wollanstraße, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Sitz Berlin. Gegr. 1905. Am 19. d. Mts. verstarb unter Mitglied, Frau **Wilhelmine Hein** geb. Kömer (Reinickendorf). **Ehre ihrem Andenken!** Die Einäscherung findet Donnerstag, den 23. d. Mts. nachmittags 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 67, 298/10 statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Admiralspalast. **Die Prinzessin von Tragant** Sajdah, Deutsche Tänze. Köhler Aufenthalt. 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M. **Berliner Prater-Theater** Kastanienallee 7—9. Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: **Im Wollentagemeier.** Große Bühnen-Szene in 5 Bildern. Dazu die größte Spezialität **National-Theater** 3/8: **Mäuschen.**

SARRASANI Zirkus Busch-Gebäude. — Tägl. 7 1/2 Uhr gr. Vorstellung. **Jeden** **Mittwoch u. 2** **Jeden** **Sonnabend** **halbe Preise.** Vorstellungen 3 und 7 1/2 Uhr. Für die Nachmittags-Vorstellungen am **Mittwoch** und **Sonnabend** zahlen Erwachsene und Kinder **halbe Preise.** Nachmittags stets ungekürzt. Riesenschauspiel des gr. Manège-Schauspiels „**Torpedo — los!**“

Reichshallen-Theater. Gastspiel der Leipziger Siedel-Sänger. Anfang 7 1/2. Ab 1. Aug. Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal u. Garten. **Blühgen-Konzert.** **Rose-Theater.** 7 1/2 u.: **Die Prinzessin vom Nil.** Gattend.: Bitte recht freundlich!

DER „HIAS“ Tägl. 7 1/2 U. abends. Morgen Mittw. nachm. 3/4 Uhr: Familien- und Schülervorst. z. kl. Pr. **Walhalla-** Theater, Weinbergweg

Kennen Sie die Wohltat einer Leihblinde? Sämtliche Systeme am Lager nach Maßanfertigung, sowie **Bruchbandagen** aller Art. **Artikel: Gesundheits- und Krankenpflege.** **Pollmann, Bandagist.** Berlin N., Lothringar Str. 60. * Lieferant für Krankenkass. **H. Pfau, Bandagist** Berlin **Direksenstr. 20** wöch. Sprechst. Algenroderplatz u. Volkersstr. 11. — Amtl. Kat. 3208 Für Damen Frauen-Behandlung. Referenz für alle Krankentf.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN jeder Art liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Bestellungen nimmt jede Filialexpedition sowie die Zeitungsausgeberin an.

Cigaretten 1000 I E 88 M. 1000 I P 130 — o. M. 1000 I P 135 — m. Gold. Versand gegen Nachnahme oder Vorherrensandung nur sortiert zu gleichen Teilen. Auch von 100 Stück an. Nur an Verbraucher und Gastwirte. **Fredy Cigaretten-Vertrieb Norden,** Berlin N 54, **Brunnenstraße 17.** Fernruf Norden 2343. Geöffnet ununterbrochen von 1/2—6 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Ortsgruppe Cegel. Am 30. d. Mts. verstarb infolge seiner schweren Verwundung nach fast einjährigem Krankenlager unser lieber Freund und Sperrgenosse **Gustav Preuß.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr, am der Reichenhölle des Wittenauer Friedhofes aus statt. 27715 Freunde und Bekannte werden gebeten, dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. **Der Gruppenleiter.**

Spezialarzt **Dr. med. Reinhardt,** Potsdamerstr. 117/119, 12-13-14/10 Sydnilla, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Modernes, erfolgreiches Heilverfahren, Tel. 21648 Zeit. nach. Broich 0,9000, nach außerhalb verfahren 1 M **Spezialarzt** **Dr. med. Hasche,** Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, 1962: chron. Fälle. Schmerzlose, wirksame Behandl. ohne Verunstaltung. Blutuntersuchung. Wöch. freie Zeitabgabe. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1. **Junge, gesunde, rote Mohrrüben,** ohne Krant. 40 Pf., empfindlich lange Vorrat reich. **Delikatessenhaus H. Kästner,** Berlin, Potsdamer Str. 115, nahe Köpenickerstr. 68/11

Spezialarzt **Dr. med. Kieben** für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervöse, Schwäche, Bein-kränke, Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufssetzung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutunters. Pflöden im Harn usw. **Friedrichstr. 81,** gegenüb. **Königstr. 60/57,** gegenüb. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt **Dr. med. Hasche,** Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, 1962: chron. Fälle. Schmerzlose, wirksame Behandl. ohne Verunstaltung. Blutuntersuchung. Wöch. freie Zeitabgabe. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1. **Junge, gesunde, rote Mohrrüben,** ohne Krant. 40 Pf., empfindlich lange Vorrat reich. **Delikatessenhaus H. Kästner,** Berlin, Potsdamer Str. 115, nahe Köpenickerstr. 68/11

Ein Mistbruder in der heimischen Vogelwelt.

Von E. Schenking.

Heute verbrachte ich meinen Urlaub in einem Speerortstädtchen, dessen Bürger nicht dabei sind, wenn die Zeit zur Feldarbeit herankommt. Schon die ganze Anlage des Städtchens läßt erkennen, daß sich die Einwohner, soweit es die Lage des Ortes zuläßt, mit Feldbau beschäftigen. „Straßen“, wenigstens was man sonst darunter versteht, kennt man hier nicht. Inmitten von Bauergärten, ja selbst von Getreide- und Kartoffelfeldern, stehen die einstöckigen, mit seltenen Ausnahmen zweistöckigen Häuschen. Ein paar Kälber, das zur Bewirtschaftung des Landes erforderlich ist, gehören zum Bestand jedes Hausbesitzes. Infolgedessen sind die „Straßen“, Feldwege und Weidenpfaden mit Mistfladen reichlich belegt. Und eben diese sind das Nahrungsmittel, das den meistwichtigen Vogel, der sonst ein jährlauer Geißel ist, bis in unmittelbare Nähe der Menschen zieht. Sein „Laden“ vernahm ich schon am ersten Morgen meiner Anwesenheit, zu Gesicht bekam ich ihn vorläufig nicht. Bei meinen täglichen Spaziergängen konnte ich wohl die lebhaften Wasserläufer am forellentrichenen Bächlein beobachten, sah in dem klaren Waldbach auch Scharen von vorgetupften Forellen hin- und herschießen, den Lucher konnte ich jedoch nicht entdecken, wiewohl ich sein „Gup, gup!“ immer häufiger vernahm und sein „Pipi!“ immer näher kam. Da, eines wunderschönen aber empfindlich heißen Morgens, bemerkte ich ihn bei seiner an und für sich höchst unappetitlichen, für den Vogel freilich sehr appetitlichen Beschäftigung: er durchsuchte nämlich auf einem Weidenfladen die Kuhfladen nach Waden und Würmern, die seine Lieblingsnahrung sind.

Wenn schon das Federkleid des Vogels nicht gerade bunt genannt werden kann, so hebt sich das Weiß der Flügel auf dem Schwanz und des Halbmondförmigen Querbandes auf dem schwarzgefärbten Schwanz von dem rostrotten Grundton des Gefieders doch recht vornehm ab. Dazu kommt die sächerförmige Scheitelhaube, die aus hellroten und schwarzgepunkteten Federn in zwei Reihen gebildet ist. Diese Haube ist gewissermaßen das Signal für den Gemütszustand des Mistbruders: Schred, Neugier, Aufmerksamkeits. Alles findet in dem schnelleren und langsameren Entfalten und Zusammenlegen dieses Kopfschirms seinen Ausdruck.

Aber auch sonst ist der Vogel eine amütsliche Erscheinung. Leicht und gefällig sind seine Bewegungen; rasch läuft er auf dem Boden dahin; jeden Schritt begleitet der den Schnabel stets abwärts gerichtete tragende Kopf mit einem Nicken. Jetzt breitet er seine Federhaube radförmig aus und verneigt sich auf das gierlichste; jetzt trippelt er geschäftig umher, bleibt plötzlich stehen, fixiert mit seitwärts gebogenem Kopfe einen vorüberfliegenden Vogel, wirft sich, sobald er in diesem einen Mistbruder gewahrt, platt auf den Boden, breitet Schwanz und Flügel aus, streckt den Schnabel aufwärts und verharrt in dieser absonderlichen Stellung so lange bis der Räuber außer Sicht ist. Dieser aber vermochte trotz seines scharfen Gesichts unseren Mistbruder nicht zu erkennen, gleichet er doch in solcher Pose eher einem bunten Lumpen als einem Vogel.

Zur Paarungszeit entspinnen sich zwischen zwei Männchen recht erbitterte Kämpfe, die bald in der Luft, bald auf dem Boden ausgefochten werden. Daß sich das Weibchen, das diesen Kämpfen (im Gegensatz zu den Weibchen anderer Vogelarten) ganz apathisch zusieht, für einen der Kämpfer entschieden, so läßt es sich von ihm den Hof machen. Mit gespreiztem Schwanz, geschweiftem Schnabel und ausgebreiteten Flügeln nähert sich das balzende Männchen der Gefährtin, die es durch ein mißtöniges „Köh, Köh!“ ermuntert.

Das Nest steht ab und zu unter Büschen an Grenzrainen, zuweilen in hohen Bäumen, namentlich in Weiden, die ja auf Viehtritten häufig anzutreffen sind. Als Nistmaterial dienen Grasstängel, Wurzeln und Rindhorn. Das Weibchen legt auf dem Gelege sehr fest und verläßt die Brut selbst in größter Gefahr nicht.

Während der Brutzeit ist der Vogel ein Mistbruder in des Wortes verwegener Bedeutung, weshalb ihn der Volksmund auch mit nicht mißverständlichen Namen, wie Stinkvogel, Stinkhose, Rottvogel, Rottkammer uvm. belegt hat. Und in der Tat, von der Feindverweigerung des Mistbruders geht ein Duft aus, der auch für andere als seine Nasen unentzählich ist. Wenn man einerseits den üblen Geruch dem Rote der Reifungen zuschreibt, wird andererseits angenommen, daß er von der Absonderung der Würzelkäse ausgeht,

denn alle wie Junge schauen im Neste ganz reinlich aus und das Gefieder ist stets geordnet und sauber. Uebrigens stinkt der Mistbruder nur, wenn er keine Familie hat.

Der Mistbruder lebt hauptsächlich da, wo Hochwild steht oder jagne Herden weiden, denn diese ernähren mit ihrem Urat allerlei Insektenschmeiß, auf das er Jagd macht. Mit seinem langen, dünnen Schnabel verbeißt er sehr geschickt, es aus dem Rote und aus Erdlöchern herauszuholen. Auch fliegende Insekten weiß er geschickt wegzuschmeiß, und höchst interessant ist es, ihn beim Fangen der Heuschrecken zu beobachten, was er mit Geschick und Grazie tut. Deito schwerer fällt ihm das Verschlingen der Beute. Weil die verkürzte Zunge ihm hierbei nur schlechte Dienste leisten kann, wirft er die erbeuteten Tiere in die Höhe, um sie dann mit flaffendem Schnabel aufzufangen.

Leider zählt der Mistbruder zu den vielen und gerade schönen Vogelarten, die bei uns immer seltener werden. Die Brutstätten weichen der Kultur, und die Einführung der Stallfütterung schmälert seine Nahrungsplätze, Weiden, Waldböden, Viehtritten usw., immer mehr.

„Pipi!“ Wer lacht da? Es ist Freund Mistbruder; ich lege die Feder beiseite und eile hinaus, um den originellen Vurscher noch weiter zu beobachten.

Bedeutung und Verlauf der Influenza.

Ueber die spanische Krankheit scheinen in der Außenwelt immer noch Zweifel zu herrschen, ob man diese infektiöse Grippe als Influenza aufzufassen hat oder nicht; sie stellt wissenschaftlich allerlei Rätsel, die seit Jahrhunderten bekannte Krankheit. Verschiedentlich ist der im Jahre 1892 schwer auffindbare, aber entdeckte Influenzavirus jetzt einwandfrei festgestellt; es sind auch andere Erreger ermittelt worden; auch die vielfach beobachtete Lungenentzündung zeigt in zahlreichen Fällen einen ungewöhnlichen Verlauf, wie er sonst bei Influenza seltener vorkommt. Verlässlichkeit man, daß wir Menschen im Kriege durch alle möglichen Einflüsse anders geworden sind wie im Frieden, so ist es kein Wunder, daß sich stellenweise auch die Krankheiten anders abspielen müssen wie sonst. Und doch haben wir es hier mit der bösen Influenza zu tun. Die alle ansiedelnden Krankheiten legt die Influenza mit Fiebererscheinungen ein; sie kennzeichnet sich durch große Mattigkeit und Schmerzen in den Gliedern. Die Dauer der Krankheit beträgt bei kräftigen Personen acht bis vierzehn Tage, bei schwächlichen Patienten oder kann sie sich auch monatelang hinziehen, wenn auch in abgeschwächter Form. Sie wird Greisen und schwachen Personen besonders dadurch gefährlich, daß Komplikationen eintreten, also andere Krankheiten durch sie hervorgerufen werden, und zwar meistens Lungenentzündung oder Lungenabszesse. Bei Influenza muß man unbedingt das Bett hüten und durch reichliches Trinken von warmen Getränken die Hantausdünstung befördern.

Vom Schnupfen bis zum Rufftröden oder Bronchialkatarrh ist der Weg nicht weit, denn es handelt sich dabei nur um die Schleimhäute des Atmungsapparates. Hier treten oft lästige Niesen, Kopfschmerz und Vereinträchtigung des Gesichtes und Geruchs ein. Wer es haben kann, nehme ein römisches Bad, das verreibt den Schnupfen rasch, sonst lasse man durch Trinken von Fliedertee für eine Schwigler. Um die unangenehmen Verstopfungen in der Nase und die schmerzhaften Entzündungen der Nasenflügel und Lippen durch den scharfen Ausfluß zu vermeiden, ziehe man täglich mehrmals kaltes Wasser in die Nase ein und bestreue die ganze Nase und die Lippen mit Fett oder Öl oder womöglich mit Goldcrem.

Der Brustkatarrh, eine Entzündung der Luftröhrenäste, verlangt Stufen- oder noch besser Bettwärme, während beim Schnupfen Spazierengehen, namentlich bei Sommerregen, sehr zu empfehlen ist.

Dem Brustkatarrh gehen meist Schnupfen und Nasenkatarrh voraus; er kennzeichnet sich besonders durch ein Gefühl von Wundsein in der Brust sowie durch Fiebererscheinungen. Bettwärme und Einnehmen von Brechwein, alle drei Stunden 15—20 Tropfen, heilen den Katarrh bald.

Wird der Brustkatarrh epidemisch, also ansteckend, dann herrscht Influenza vor.

Der beste Schutz bleibt neben peinlicher Sauberhaltung der Hände usw. sich Inaktivitäten vor Erlaltung. Erlaltung ist eine Störung der Hautfunktion, hervorgerufen durch Kälte.

Der Körper muß widerstandsfähig werden; dies kann bewirkt werden durch gute Ernährung, durch Bewegung in freier Luft und durch Baden. Schwere und kräftige Kost muß nicht immer ein kräftiges und gesundes Blut geben, wir leben aber nur von dem, was wir verdauen. Man muß auch unempfindlich gegen die Einwirkung der Luft werden: die Luft ist das Element des Brandes und seine Haut muß immer Jähling mit ihr behalten. A. K.

Kriegsgewinne amerikanischer Milliardäre.

Die umfangreichen amerikanischen Lieferungen an die Entente waren für zahlreiche Amerikaner die Quelle zu ungeheuren Gewinnen. Allerdings hat der Eintritt Amerikas in den Krieg die Freude an diesen Gewinnen stark getrübt, denn die auf diese Lieferungen entfallenden Steuerbeiträge sind ungewöhnlich hoch. Nachstehend sind nach der „Chemisch-Technischen Wochenchrift“ das Einkommen und die zu entrichtende Kriegsgewinnsteuer einer Anzahl reichster, auch in Deutschland bekannter Amerikaner angegeben. Die angegebenen Zahlen verstehen sich in Dollar.

	Einkommen	Steuer
J. D. Rockefeller . . .	800 000 000	198 000 000
André Carnegie . . .	50 000 000	35 000 000
William Rockefeller . . .	37 500 000	24 000 000
J. Ogden Armour . . .	31 250 000	20 000 000
Henry Ford . . .	25 000 000	16 000 000
W. K. Vanderbilt . . .	25 000 000	16 000 000

Dann folgt eine größere Anzahl von Lieferanten, deren Gewinne sich in den Grenzen von 10 bis 25 Millionen Dollar halten, und eine sehr große mit Gewinnen von „nur“ 1 bis 10 Millionen Dollar. Wirklich, die Herren Amerikaner haben es verstanden, den Krieg um die „heilige Freiheit der Welt“, die für sie angeht, die einzige Ursache zur Beteiligung am Weltkriege war, zu einem so moien Geschäft zu machen. Gegen die amerikanischen Kriegsgewinnler sind jedenfalls die europäischen die reinen Waffensklaven.

Notizen.

— Siegmund Lautenburg ist im 66. Lebensjahre in Marienbad gestorben. Die Väter der Berliner Bourgeoisie besaßen ihn — als einen der ihren. Mit Recht. Er war der typische Berliner Unternehmer aus dem Südosten (bislang aus Budapest), betrieblich, in allen Sätteln geredet, vom Erfolge verblüht. Er wird in der deutschen Theatergeschichte fortleben als der Schöpfer des Residenz-Theater-Genres, d. h. der Vermittler jener Pariser Modedebütanten und Schwinde, die dem zu Wirteln gekommenen Berliner Bürger stähler wie weißlicher Herkunft lange Zeit als Gipfel tolgiafreivolter Kultur galten. Er wachte zu diesem seinem Publikum, das seine neuen weltstädtischen Gewohnheiten zunächst im französischen Import befruchtigen mußte, aus trefflichste auch in seinem Parvenütum und in seinem Kalmbildungseifer. Die schönen Anekdoten, die von Siegmunds erfolgreichen Kämpfen gegen die französische Sprache und anderen erzählen, sind nicht nur für ihn typisch. Er ist der getreue Ausdruck seiner Generation: läuft vom nicht beendigten Gymnasium auf die Bühne, verläßt zwischen Ungarn und Amsterdam alle Bühnenmöglichkeiten, bis er in Berlin seit 1887 sein Publikum findet und bildet. Er ist heftig und geschäftstüchtig, hat auch gelegentlich die Bitterung für das Neue, Jugkräftige. Er macht sich zuerst an Jähns Wildente und Halbes Jugende und erzielt damit volle Häuser und den Ruf des wagemutigen Neuerers. Er schafft ein modernes Zusammenspiel und hat in seiner Truppe Talente wie Rosa Vertens, Mitiner, Pagan. Dann zieht er sich zurück und kommt vor vielerlei Projekten der nur zu Wajspielen, in denen man ihn bis zuletzt als Kathan sehen konnte.

Er war einer von den Geschäftleuten, die in dieser lapidarisitischen Vera die Leitung der deutschen Theater an sich gebracht haben. Er war weniger gefährlich, weil er eine primitivere Art vertrat. Seine Nachfolger, die das Warenhausprinzip in den Theaterbetrieb eingeführt haben, müssen bereits kompliziertere Methoden anwenden, da der Geschmack des Publikums differenzierter geworden ist. Aber sie sind im Grunde daselbe: die Literatur ist nur der Dedmantel für ein rein kapitalistisches Theatergeschäft.

— Ein Hälkelmuseum ist in Jena in Bildung begriffen. Das Hälkelmuseum hat Hälkel Villa erworben, um darin ein Institut für Entzündungslehre und gleichzeitig ein Hälkelmuseum zu errichten. Prof. Hälkel stiftete seine Sammlungen und seine Bibliothek dafür.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von B. St. Reymont.

43] „Wir fahren Sie hin, recht, Wada?“
 „Aber mit Vergnügen. Sie sind doch einverstanden?“
 „Statt aller Antwort, steige ich ein.“
 „Sey' dich mit dem Hund rüber, Wilhelm, und mach' Herrn Vorowiewicki Platz.“ rief sie energisch.
 „Wo fahren die Herrschaften hin?“
 „Wada sah sich was im Kunstalon an, sie will wohl wieder irgendein blaßes Bild kaufen. Und ich wollte meinen Kaiser etwas spazieren fahren, weil er sich zu Hans langweilt, genau wie ich.“
 „Wann fahren Sie wieder nach Berlin zurück?“
 „Wada begann sehr laut und sehr herzlich zu lachen.
 „Seit einem Monat fährt er schon weg und zankt sich jeden Tag deshalb mit Papa.“
 „Still, Wada, wenn du nun schon mal so dumme bist, dann rede nicht über Sachen, die du nicht verstehst.“
 Er richtete seinen riesigen Körper auf und schaute düster drein.
 „Ich bitte Sie, Herr Vorowiewicki, komm' ich Ihnen auch so dumm vor? Alle wiederholen es mir zu Hause, so oft, daß ich schließlich selbst dran glauben werde. Trotzdem weiß ich zum Beispiel, daß Wilhelm Schulden in Berlin gemacht hat, daß Papa sie nicht zahlen will, und daß er deshalb in Lodz sitzt.“ sprach sie böseartig und schaute ihren Bruder an.
 „Ja, ha, ha! Was macht der für eine komische Miene.“
 „Wada, ich steige aus und gehe direkt zum Vater und werde ihm sagen, was du alles ausplappert.“
 „Na, dann steig aus, für mich und Herrn Vorowiewicki wird es dann um so bequemer sein. Aber Sie haben mir gar nicht geantwortet.“
 „Weil solch eine Frage unbeantwortet bleiben muß.“
 „Sie wollen mir nicht die Wahrheit sagen.“
 „Weil ich in diesem Fall die Wahrheit nicht kenne.“
 „Also wann werde ich die Wahrheit erhalten?“
 „Ich werde sie Ihnen heute schicken.“
 „Ich glaube es nicht, lieber wär's mir, Sie brächten sie zur Strafe selbst.“
 „Wenn das eine Strafe sein soll, wie prachtvoll muß dann eine Belohnung sein.“
 „Sie bekommen einen guten Kaffee!“ sagte sie naiv.
 Wilhelm brach in ein lautes Gelächter aus, so daß Kaiser zu belten begann.
 „Habe ich eine Dummheit gesagt?“ fragte Wada unruhig und wurde rot.

„Herr Wilhelm lacht über den Hund, sehen Sie, wie komisch der ist.“
 „Sie sind ein guter Junge, das sagt sogar Papa und alle bei uns zu Hause.“
 „Wada!“
 „Ich fühle mich hier so wohl mit Ihnen, und es tut mir wirklich leid, daß wir schon bei der Fabrik angelangt sind. Vielen Dank, und auf Wiedersehen.“
 „Wir erwarten Sie Sonntag nachmittag.“
 „Ich werde es nicht vergessen, schade, daß nicht schon morgen Sonntag ist.“
 Wada lachte lustig und warf ihm einen sehr herzlichen Blick zu.
 Eine Weile blieb er auf dem Bürgersteig stehen und sah, wie sie sich ein paarmal nach ihm umschaute.
 „Warum die Anta keine Millionen hat! Schade . . .“ dachte er und lief in die Fabrik, die nach der Mittagspause schon wieder in vollem, wahnsinnigem Gang war.
 Hinter den Seitengebäuden erschien eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr. Wagen, Spritzen und Häßer sühnen in großer Ordnung auf und eilten fort. Unter der Last der Räder und der Pferdehufe teilte sich der Kot bis zum Grund. Auf den Plattformen zogen die zu Feuerwehrlenten verwandelten Arbeiter schlenkig ihre Uniformen an.
 „Wo brennt's, Herr Richter?“ fragte Karl den Brandmeister, einen der Spinnereidirektoren, denn der Fabrikportier in seiner Kammer den Gürtel festschnallte und den Kopf zuckte.
 „Albert Großmann brennt! Schnallen Sie doch fester.“ schrie er dem Portier zu, der den mächtigen Bauch nicht in die Feuerwehruniform, die etwas zu eng war, einzwängen konnte. Die Knöpfe flogen ab.
 „Schon lange?“
 „Seit einer halben Stunde, aber es soll schon alles brennen. Fester, Herr Schmidt.“
 „Und deshalb diese Eile?“
 „Großhändler hat den Alten angerufen, ihn beschwörend, er möchte Grünspan zum Trost den Schwiegersohn nicht abbrennen lassen.“
 „Warum? Waa, sie wollen ihn ruinieren.“
 „Das ist schon der dritte Brand heute.“
 „Ja.“
 „Die werden ihre letzten Verluste bei den Bankrotten wieder wettmachen.“
 „Der Vltz soll sie treffen, diese Judthändler, Verfluchten, die verdienen, und wir müssen wie Hunde mit rausgehenden Zungen von einer Feuersbrunst zur anderen rennen.“

„Was wollen Sie, das brauchen sie zum Abschluß ihrer Bilanz.“
 „Auf Wiedersehen! Uff, ich plah' ja, meiner Tren!“ schrie der Brandmeister, setzte sich in die vor dem Tor auf ihn wartende Droschke und fuhr im Galopp hinter der Feuerweh'r davon.
 „So, ho! Die Saison wird warm“, küßterle Vorowiewicki und lief ans Telephon, um Max Baum von dem Telegramm zu berichten.
 Kaum hatte er zu Ende gesprochen, da klingelte es schon wieder.
 Trawinski sagte, er käme gleich mit einem sehr dringlichen Geschäft.
 „Ich erwarte dich in der Druckerei“, antwortete Vorowiewicki und lief ins Innere der Fabrik.
 Er stürzte sich zwischen die unablässig herumfahrenden Wägelchen, zwischen die rasenden Maschinen, die Hausen von Stoffen, die sich wie nie endende farbige Bänder nach allen Richtungen der Säle wanden, zwischen den Ball von Transmissionen, Riemen, Rädern, Rollen, zwischen das höllische Gepolter und die Dämpfe, die wie Wolken über der Wäscherei aufstiegen; in die verschlungenen tausenden Töne, Juckungen, Schreie, in das Geräusch, in die vibrierenden und rasenden Energien, die alles und alle forttrissen und in furchtbarer Anspannung die mächtigen Fabrikmaschinen zu zersprengen drohten; er versank ganz in diesem wilden, mitreißenden Leben der Fabrik.
 Er besuchte alle Säle und kehrte in die Küche zurück, eilte weiter, alles vergessend, was nicht mit der Fabrik zusammenhing.
 Nach der schrecklichen, nervösen Erschöpfung der letzten Tage fühlte er jetzt eine Erleichterung und ließ sich von der surchtbaren Masse der rings um ihn aufgespeicherten Kraft wöllig tragen.
 Die Erschöpfung ließ nach, er fühlte sich immer ruhiger und gewann inmitten dieser Fabrikhölle immer mehr sein Gleichgewicht wieder, als ob er die unzähligen Ströme der Energie von Menschen und Maschinen in sich einfog, die von allen Seiten auf ihn eindrangen.
 In einem kleinen, abgeordneten Laboratorium fertigte Murray auf einer kleinen Druckmaschine Proben an. Die Probe wollte nicht gelingen, die Farbe ergoß sich auf den Stoff und verformte das Muster. Der Engländer war wütend, doch lächelte er sich, aber sein Gesicht war grau vor Erregung, er flüchtete die langen gelben Zähne wie eine Vullboge, wischte sich die Hände mit der ihn umhüllenden Schürze ab und fluchte immer leiser.
 „Zeit Mittag schinde ich mich ab und kann den Korbstoff nicht rauskriegen!“

(Wortl. folgt.)

voller Gleichmäßigkeit in der Aufbringung und Versorgung Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands.

Der amerikanische Panzerkreuzer San Diego (15 400 T.) sank am Freitag zehn Meilen von Fire Island, die Ueberlebenden sind in Long Island gelandet. Der stellvertretende Marineminister erklärte, der Kreuzer sei anscheinend auf eine Mine gelaufen. Es seien mehrere Minen in der Nachbarschaft gefunden worden, dagegen sei kein Untergangsgeschickel worden. 48 Mann der Besatzung wurden vermisst.

Senatsrat für die griechische Volkstimmung. Laut Meldung der Agence Havas aus Athen sind durch königliches Dekret mit Rücksicht auf die herrschenden Zustände und die Volkstimmung die griechischen Gemeindevahlen, die nach Gesetz Mitte Juli erfolgen sollten, auf unbestimmte Zeit verzögert worden.

Sozialdemokratie und Kaligesez.

Seit Kriegsausbruch hat der Reichstag nun zum vierten Male zur Preisregelung für die Erzeugnisse der Kalindustrie Stellung nehmen müssen. Nach dem Gesetz vom 25. Mai 1910 sind die Kalipreise für das Inland gebunden, die Auslandspreise sind frei. An höheren Auslandspreisen sollte die Kalindustrie sich schadlos halten für die festen, im Interesse der Landwirtschaft niedrig gehaltenen Preise im Inlande.

Der Ausbruch des Krieges hat den aufnahmefähigsten Auslandsmarkt verperst. Während der Auslandsabsatz im Jahre 1913 sich auf 5 055 900 Doppelzentner reines Kali bezifferte, damit gegen den gesamten Inlandsabsatz nur um 960 900 Doppelzentner zurückblieb, ist die Gesamtausfuhr auf 1 560 100 im Jahre 1916 und 1 805 800 im Jahre 1917 gesunken. Der in dem Gesetze verankerte Abnehmerzuschlag gegen Preisbewehrung ist der Landwirtschaft zu hatten gekommen. Im Vergleich zur Steigerung anderer künstlicher Düngemittel ist die Kalipreisermittlung als mäßig zu bezeichnen. Mit Reichsblättern die Kaliverkäufer auf jene, die in Kohlen und Eisen schürfen lassen und die Preise zu schwindelnder Höhe hinaufreiben konnten.

Die Preissteigerung in Kohlen, Eisen, Grubenholz, Sprengmaterialien belastet auch die Kalindustrie. Gegen das Jahr 1913 haben sich die Gesehungslohn um 71,3 v. H. gesteigert. In gleicher Zeit stiegen die Gesamtlöhne für Dampf und Elektrizität von 17,4 auf 48 v. H. Eine Erhöhung der Aufwendung für Löhne und Knappschaff von 48,6 v. H. auf 71,4 v. H. brachte keineswegs den Arbeitern angemessene Bezahlung. Obwohl jede Preisänderung auch eine Teuerungszulage der Arbeiter brachte, blieben die Löhne weit hinter jenen der anderen Berg- und Fabrikarbeiter zurück. Das laufende Jahr mit seiner turmhöhenartig angewachsenen Verteuerung aller Gebrauchsgüter brachte das den Kalibauern deutlich zum Bewußtsein. Ansprüche auf weitergehende Teuerungszulagen lehnten die meisten Werksbesitzer ab. Die angerufenen Schlichtungsstellen versagten, da sie die Löhne plus Teuerungszulagen als Höchstlöhne bezeichnen, die nicht überschritten werden dürften.

Die sozialdemokratischen Mitglieder nahmen Veranlassung, festzustellen, ob eine solche Auslegung dem Willen des Gesetzgebers gerecht wird. Regierungsvertreter und Ausschuss waren einig in der Auffassung, daß die Auslegung falsch ist und Löhne und Teuerungszulagen als Mindestbezüge anzusehen sind, die überschritten werden können.

Die am 12. Juli verabschiedete Änderung des Gesetzes ist veranlaßt durch eine zu Beginn des Jahres erfolgte Eingabe des Kaligewerks. Es dauerte volle fünf Monate, bis die Regierung ihre Vorlage einbrachte. In der letzten Woche seines Zusammentritts sollte der Reichstag das Werk verabschieden. Die Vertrauensmänner der Parteien zeigten dazu keinen übermäßigen Eifer. Nur dem Einspruch der sozialdemokratischen Fraktionsleitung, die auf Erledigung wegen der vorgesehenen Lohnerhöhungen drängte, ist zu danken, daß die Novelle an einen Ausschuss verwiesen worden ist.

Der Gesetzentwurf sah eine Erhöhung der Teuerungszulagen für den Tag vor: für erwachsene Arbeiter von 1 M. auf 2,50 M., für erwachsene Arbeiterinnen von 75 Pf. auf 1,50 M., für jugendliche männliche und weibliche Arbeiter von 50 Pf. auf 1 M. Die Kommission nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, nach welchem alle Zulagen um 50 Pf. über den Entwurf hinaus erhöht wurden. Es kommen in Betracht 16 600 Arbeiter, 2336 Arbeiterinnen und 1343 jugendliche Arbeiter.

Außerdem wurden 6 M. Kindergeld auf den Monat für jedes Kind unter 15 Jahren festgesetzt. Die erhöhten Preise für Kalifolge wurden um 1/4, 2/4, 3 und 1 Pf. für das Kilogramm herabgesetzt. Nur die drei höheren Kalisorten blieben nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage. Von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite beantragte Gehaltssteigerungen für Angestellte aller Art wurden abgelehnt. Weiter war es gelungen, einen seit Jahren von den Arbeiterverbänden erfolglos geltend gemachten Wunsch, in einer vorzulegenden Denkschrift die Löhne, Jahresgewinnabschlüsse und Quotenverkäufe einzelner Werke erkennlich zu machen, zur Erfüllung zu bringen. Beachtenswerte Ergebnisse waren für die Kalibauer erzielt worden. Diese sofort wirksam zu machen und nicht in Frage stellen zu lassen, mußte Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein.

Als die zweite Lesung heranrückte, brachte sie einen Antrag Bärwinkel und v. Brodhausen, die Kalipreise der Regierungsvorlage wieder herzustellen. Einer der Antragsteller kündete an, daß seine Fraktion bei Ablehnung dieses Antrages gegen die höheren Teuerungszulagen stimmen würde. Es war nicht zu befürchten, daß sich eine Mehrheit für Herabsetzung der Teuerungszulagen finden würde. Diese parlamentarische Sandgranate zündete nicht. Als die Beratung näher rückte, traten ein Mitglied der konfessionslosen und der deutschen Fraktion an die sozialdemokratischen Mitglieder mit der Ankündigung heran, gegen sofortige Vornahme der dritten Lesung zu stimmen. Damit entfiel die Gefahr einer Verschleppung des Gesetzes bis zum letzten Herbstmonat hinein. Nach § 20 der Geschäftsordnung kann die dritte Lesung nur vorgenommen werden, wenn niemand widerspricht. Andersfalls erfolgt die dritte Beratung frühestens am zweiten Tage nach dem Abschluß der zweiten Beratung. Der Schluß des Reichstages war für den kommenden Tag (Sonntag) vorgesehen. Nichts hätte vermocht, den Reichstag in der folgenden Woche zum Zusammentritt zu veranlassen. Es bestand die Gefahr, den Kalibauern für fünf Monate die Teuerungs- und Kindergulagen abzuziehen; ein Wert, der mit 6 Millionen Mark nicht zu hoch eingeschätzt ist. Die Unabhängigen Fraktion suchte über diese Gefahr mit dem Hinweis hinwegzutrotzen, Sachkenner der Kalindustrie versicherten, die Löhne können leicht von den Werken getragen werden. Einmal hatten diese Sachkenner aber nicht die Macht, bei Ablehnung der dritten Lesung das Gesetz in Kraft treten zu lassen. Zum anderen sind und „Sachkenner“ im Laufe der Jahre bekannt geworden, die offen auszusprechen, daß sie in finanziellen Zusammenbruch einer größeren Zahl der Betriebe das Heilmittel einer Besetzung für die Kalindustrie erblicken. Solche Kurzen à la Eisenhart können die Politiker nicht mitmachen, denen die Interessen der Arbeiter in erster Linie stehen. Wenn aber nach dem

hier erwähnten Antrag der Sozialdemokraten in Zukunft über die Geschäftsergebnisse der Kalindustrie nicht berichtet wird, dann kann man sich selbst ein Urteil bilden und auf die Sachkenner verzichten.

Als Verdienst kann die Sozialdemokratie voll in Anspruch nehmen, die Teuerungszulagen für die kaufmännischen, technischen und sonstigen Angestellten angerzogen und deren Gewährung gesichert zu haben. Während im Ausschuss alle dahingehenden Anträge abgelehnt worden sind, brachte die zweite Lesung Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte aller Art um 40 v. H. Für die Leistungen gelten die gleichen Sicherungen, die das Gesetz für die Arbeiter vorsieht, nämlich: Kürzung der Hörschulden. Die Arbeiter in der Kalindustrie, die Arbeiter- und Angestelltenverbände aller Richtungen werden der Sozialdemokratischen Fraktion sicher Dank wissen, daß sie den Gesetzesänderungen über den kritischsten Punkt hinweg zur sofortigen Annahme verholfen hat. - t. y.

Ein feiner Wahlrechtsplan.

Die Regierung soll sich „beruhigen“.

In eingeweihten parlamentarischen Kreisen erzählt man sich neuerdings, daß aller Voraussicht nach das Herrenhaus nach Schaffung weiterer Sicherungen gegen eine Radikalisierung des Parlaments ein Mehrstimmwahlrecht beschließen wird, das außer der Grundstimm zwei Zusatzstimmen vorsieht, die nicht an den Besitz, sondern an Alter und Familienstand geknüpft sind. Es heißt weiter, daß die Regierung trotzdem noch nicht zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreiten, sondern vielmehr die so gestaltete Vorlage auch an das Abgeordnetenhaus bringen und, wenn sie dort Zustimmung gefunden hat, dem Beschluß beider Häuser des Landtages zunächst beitreten will. Unmittelbar, nachdem das neue Wahlgesetz die Unterschrift des Königs erhalten und damit Gesetzeskraft erlangt hat, soll dann das Abgeordnetenhaus aufgelöst und die Neuwahlen nach dem neuen Gesetz ausgeschrieben werden. Dem auf Grund dieses Gesetzes gewählten neuen Landtage soll dann eine neue Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden, die das gleiche Wahlrecht vorsieht. Findet sich hierfür nicht die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit, so glaube die Regierung sich beruhigen zu sollen, da sie ihre Pflicht erfüllt und alles versucht habe, um dem gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Der Plan ist fein ausgedacht, aber der Haken ist der: Nimmt die Regierung das Mehrstimmwahlrecht mit den Sicherungen an, dann genügt zur Einführung des gleichen Wahlrechts nicht mehr, wie jetzt, die einfache Mehrheit, sondern es ist dazu eine qualifizierte Mehrheit notwendig. Eine Mehrheit, die sich immer finden wird, kann dann das gleiche Wahlrecht vereiteln, und seine Aussichten wären nicht verbessert, sondern verbleibend.

Die preussischen Steuerreformen.

Die Regierung beabsichtigt, dem preussischen Landtage bei seinem Wiederzusammentritt im Herbst eine Novelle zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz zu unterbreiten. Bekanntlich sind die Zuschläge, die zu den Sägen des Steuerartikels erhoben werden, nur noch für das Jahr 1918 bewilligt. Die Regierung müßte also, wenn sie darauf nicht verzichten will, entweder die Verlängerung des jetzigen Zustandes beantragen oder eine organische Reform des Gesetzes versuchen, wie sie bereits vor dem Kriege geplant, aber an dem Widerstand des Abgeordnetenhauses gescheitert war.

Daß es sich bei den Reformen darum handelt, die Einnahmen des Staates zu erhöhen, bedarf keiner besonderen Betonung. Das Jahr 1918 weist zwar eine außerordentlich günstige Entwicklung bei den direkten Steuern auf. Wie der Minister im Finanzausschuss des Herrenhauses mitteilte, werden die direkten Steuern für 1918 voraussichtlich 15 Proz. oder 110 Millionen Mark mehr bringen. Das beruht darauf, daß die Kriegsgewinne zugenommen haben und namentlich darauf, daß die Zinsen der unteren Stufen in die höheren hineintragen.

Auf der anderen Seite haben sich aber auch die Ausgaben erheblich vermehrt. Für Kriegsteuerungszulagen an Beamte, Pensionäre und Hinterbliebene müssen etwa 140 Millionen aufgewendet werden, eine Ausgabe, die nicht in den Etat hineingearbeitet ist. Die Eisenbahnverwaltung muß vom 1. April ab für ihre Arbeiter 45 Millionen mehr an Lohnerhöhungen ausbringen. Weiter haben inwischen Ansprüche aufgenommen werden müssen, die den Etat belasten. Für Kriegsgewinnsteuern werden im laufenden Jahre 800 Millionen verausgabt sein, hierfür müssen die Zinsen aufgebracht werden. Ferner sind große Aufwendungen für Wohnungsfürsorge erforderlich, die nach dem bekannten Beschluß des Reichstages die Beteiligung Preußens und der übrigen Bundesstaaten erfordert; für Preußen dürfte die Beteiligung in die Hunderte von Millionen gehen. Der Finanzminister rechnet damit, daß der Etat nicht nur mit einem Defizit von 100 Millionen abschließt, das durch die Steuerzuschläge ausgeglichen ist, sondern daß das Defizit weit darüber hinaus betragen und sich auf mehrere hundert Millionen belaufen wird. Es treten hierzu noch die Aufwendungen, die wir im laufenden Jahre noch einmal für die Beamten machen müssen.

Der Etat zeigt einen einmaligen und einen dauernden Fehlbetrag, dessen Deckung bisher nur durch die erhöhten Steuerzuschläge möglich gewesen ist. Das Bedürfnis nach einer Reform des Steuergesetzes ist nach Ansicht der Regierung durch den Krieg, durch die gänzliche Veränderung aller wirtschaftlichen Verhältnisse erneut noch drastischer in die Erscheinung getreten als bisher. Die Frage des Existenzminimums ist heute von besonderer Bedeutung. Die Fragen des Kinderprivilegs, die im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsproblem stehen, sowie die Beseitigung des Bedarfs der Zinsen, lassen sich heute bei der Veränderung des Geldwertes nicht länger hinausschieben. Außerdem muß die Frage des Verhältnisses von Staat und Gemeinde geregelt werden. Der Minister erklärte, daß der Lastenausgleich dringend sei und daß schwere Lasten, die das Reich auflege, nicht beantwortet werden könnten, wenn wir nicht dafür gesorgt hätten, daß eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Belastung eintritt. Hierzu komme noch eine weitere Möglichkeit, einen solchen Lastenausgleich zu verzögern. Bekanntlich fließt ein Teil der vom Reichstag beschlossenen Umfassender den Gemeinden zu. Die preussischen Gemeinden erhalten voraussichtlich zwischen 76 und 126 Millionen. Diese Summe, die vorläufig zur Verbilligung der Lebensmittel vorgesehen ist, wird aber später voraussichtlich den Gemeinden zur freien Verfügung stehen. Die Regierung wird also genötigt sein, diese Beträge in irgend einer Form auf die Gemeinden zu verteilen und dabei müssen die Ziele des Lastenausgleichs berücksichtigt werden.

Endlich kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt für die Notwendigkeit der Reform in Betracht und das ist die Verteilung der Veranlagung selbst. Das Volk verlangt, daß überall

gleichmäßig gut — nicht gleichmäßig schlecht — veranlagt werde. Das kann man aber nicht, wenn man nicht auch einen großen Satz hauptamtlicher und wirtschaftlich vorgebildeter Stadtkommissare hat. Diese Frage hat besonntlich wiederholt in den Debatten des Landtages eine große Rolle gespielt und zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und den übrigen Parteien des Hauses geführt. Der Minister erklärte aber, daß die Regierung jetzt bei allen Parteien für diese Frage Verständnis gefunden habe, selbstverständlich unter Wahrung der Rechte der Landräte, die auch in Zukunft bei der Steuerveranlagung aktiv beteiligt sein sollen.

Es handelt sich hiernach bei der Novelle zu den Steuererlassen einmal um eine Veränderung der materiellen und sodann um eine Veränderung der formalen Vorschriften.

Eine Massendemonstration für Völkerverständigung.

Scheidemann in Cassel.

Cassel, 22. Juli. (Fig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Die heutige Massenversammlung, die von der sozialdemokratischen Partei einberufen war, gestaltete sich zur größten politischen Kundgebung, die Cassel während des Krieges erlebt hat. Mehr als 8000 Menschen waren herbeigeströmt, um Scheidemanns Rede über den Krieg und die Sozialdemokratie zu hören und ihrer Uebereinstimmung mit der Politik der sozialdemokratischen Partei Ausdruck zu geben. Auch die Casseler Unabhängigen waren vollzählig zugegen, in erstaufliehender Gegenüber zu ihren Solinger Genossen unterliegen sie aber jeden Versuch, die gewaltige Demonstration zu führen. Scheidemann erntete himmelstürmischen Beifall, und mit einem donnernden Hoch auf die Verständigung der Völker fand die Massenversammlung ihren Abschluß.

Die Zentrumsarbeiter begehren auf.

„Etwas Spiel und Volkverhöhnung“.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ bringt an der Spitze der soeben erschienenen Nummer 15 einen Artikel, der diese Sätze enthält:

„... Und warum vor allem dieses etwade Spiel, diese Volkverhöhnung in Bezug auf die preussische Wahlrechtsreform? Warum nicht dem verderblichen Heroltentum jener, die ihrer Weigerung gegen die Reichsgleichheit des Volkes auch noch die freche Verhöhnung anfügen, mit einemmal kraftvoll ein Ende gemacht? Es schreit zum Himmel, daß die Massen in ohnmächtiger Wut immer aufs neue solchen bitteren Erfahrungen ausgesetzt werden!“

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (W.-Glabbad), das Wochenblatt der etwa 100 000 Mitglieder umfassenden katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, richtet in seiner jüngsten Ausgabe an die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses die öffentliche Anfrage, ob und in welcher Form das „ärgerniserregende, die Partei schädigende Verhalten“ des Grafen Spee, der gegen den Willen der Fraktion Vertagung der Wahlrechtsreform bis nach Kriegsende beantragte, durch die Fraktion erledigt worden ist. „Zahlreiche Anfragen aus Arbeiterkreisen“ haben das Blatt zu der Anfrage veranlaßt; es fürchtet, daß das stillschweigende Uebergehen der Angelegenheit dem Zentrum bei den „hervorstehenden Wahlkämpfen“ Schwierigkeiten machen würde.

Vom Schlachtfeld der Druckerchwärze.

Zusammenbruch aller Menschwürde.

In einem der schlimmsten Exemplare der deutschen Kriegspresse, im schmerindustrialen „Deutschen Kurier“ finden wir eine Betrachtung über die Berliner Weltkriegsbücherei, in der sämtliche Erzeugnisse der internationalen Weltkriegshege aufgestapelt werden. Da liest man nun:

Was hier an Doh, an Ungerechtigkeit und Undankbarkeit zu Letzern erlitt, ist von manchem seinen Schrein durchgedacht und mit Bedacht gestaltet worden. Nicht alles reich ist so finstern Seelentiefen entsprungen; manch Lichtblitz erfreut den objektiven Leser und läßt den letzten Keim der Hoffnung, daß über alles Grauen, über alles Richtersehen-Hönnen und Wollen doch noch einmal Gräden geschlagen werden könnten, nicht ganz erstickt. Wird hier der Grundstein gelegt zu einem Panoptikum erwarteter Geistesfragen, zu einem Schauspiel menschlicher Geistesverwirrung — oder aber wird hier der Keim gelegt zu neuen zukunftsreichen Erkenntnissen, auf deren Grund einst Zukunftsländ bebaut werden kann, ein Land, auf dem glücklichere und brüderlicher gesinnete Menschen werden wohnen können? — Ich weiß es nicht. Es wird wohl viele geben, die jede bleibende Erinnerung an diesen Zusammenbruch aller Menschwürde scheuen werden — und andere, viele wird es geben, die Kraft und Schwung zu neuem Witzeln sammeln auf diesem Schlachtfeld der Druckerchwärze.

Das Rätsel erklärt sich damit, daß diese Betrachtung in der Frauenbeilage des Blattes enthalten ist, die — immerhin! — vom Reichsausschuss der nationalliberalen Frauen herausgegeben ist. Die Verfasserin heißt Hedwig Hirschbach.

Verurteilung von Soldaten nach mehreren Orten. Auf eine Anordnung des Reichstagsabgeordneten Marquart, den Urlaubern ihren Urlaub für zwei Orte zu gewähren, damit sie ihre Familie und eventuell auch ihre Eltern besuchen könnten, ist die Antwort erfolgt, daß eine Regelung des Urlaubwesens in Vorbereitung sei, die diese Möglichkeit in sich schließen werde.

Letzte Nachrichten.

Gleisenbahnunfall bei Laufach.

Würgburg, 22. Juli. Am Sonntag überfuhr der Durchgangszug 1923 das auf Holz stehende Einfahrtsignal der Station Laufach. Der Waggon wurde zertrümmert. Wagenwärter Schmid und Kreuz sowie Lokomotivführer Geupp aus Wschaffenburg sind stark verletzt. Zugführer und Bremserin leicht verletzt. Der Betrieb wurde aufrechterhalten.

Verbot des italienischen Sozialistenkongresses.

Bern, 22. Juli. Laut „Avanti“ wurde der auf den 27. bis 30. Juli nach Rom einberufene nationale Sozialistenkongress von dem Präfekten von Rom verboten. Der Parteisekretär Bonaccelli legte Protest ein.

Tibets Erhebung gegen China.

Amsterdam, 22. Juli. Der „Times“ wird unterm 18. Juli aus Peking mitgeteilt: Tibet hat sich gegen China erhoben. Da die Zentralregierung nicht imstande war, hinreichende Truppen an der Grenze zu unterhalten und dem Vormarsch der Tibetaner Widerstand zu leisten, ist ein Waffenstillstand geschlossen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe-Groß-Berlin.

Die Modellfahler, Weichfahler, Drechsler, Lackierer, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter der Firma A. hatten Forderungen gestellt, die aber nur zum geringen Teil durch Verhandlungen im Betrieb ihre Erledigung finden konnten. Die Firma wollte den Modellfahler, Weichfahler und Drechsler 10 Pf. Zulage geben, den übrigen 5 Pf. Mit Rücksicht darauf, daß die Verdienste aller in Frage kommenden Arbeiter nur sehr gering waren und mit weiterer Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen sich bereits ohne Schuld der Arbeiter wochenlang hinzogen, hat der Kriegsausschuss ein weiteres Entgegenkommen der Firma für berechtigt erachtet, und es erfolgte schließlich eine Verständigung auf folgender Grundlage: Bei den Modellfahler, Weichfahler, Drechsler und Maschinenarbeitern bleibt es zunächst bei den 10 Pf. Zulage, Lackierer und Hilfsarbeiter erhalten ab 12. Juli gleichfalls 10 Pf., vom 1. September d. J. ab erhalten Modellfahler, Weichfahler, Drechsler und Maschinenarbeiter weitere 5 Pf. Zulage.

Die Dreher und Maschinenarbeiter in einer Abteilung der gleichen Firma hatten ebenfalls Forderungen gestellt und waren auch durch Verhandlungen im Betrieb nicht zu einem endgültigen Resultat gekommen. Infolgedessen mußte sich der Kriegsausschuss mit der Sache beschäftigen. Da auch in dieser Abteilung die Verdienste zu wünschen übrig ließen, entschied der Kriegsausschuss dahin, daß die Zugeständnisse der Firma zu gering waren. Dasselbe galt für die 5 Pf. Zulage pro Stunde geben und zu einem späteren Termin weitere 5 Pf. Es erfolgte eine Verständigung dahin, daß die Firma für Dreher, Schlosser und Schleifer 15 Pf. für die Stunde Zulage, für alle übrigen 10 Pf. für die Stunde Zulage gibt. Von diesem 10 bzw. 15 Pf. Zulage werden 5 Pf. nachgezahlt von dem Tage an, als die Firma sich bereit erklärt hatte, 5 Pf. Zulage zu geben.

Für zwei Abteilungen der Firma D. in R. war Mitte Juni bei einer Verhandlung wegen Lohnzulage eine Entscheidung dahin gefällt worden, daß die Firma innerhalb 4 Wochen mit den beschwerdeführenden Gruppen über eine zu gewährende Lohnzulage in Verhandlungen treten solle. Die vier Wochen sind vorüber, doch ist eine Verständigung nicht erzielt worden. Nach längerer Aussprache stellte sich heraus, daß die Firma die Feinzeit vom Kriegsausschuss eingemommene Haltung mißverstanden hatte und deshalb ist folgendes vereinbart worden:

Bei der etwas unklaren Fassung des Schiedspruches vom 15. Juni 1918 war die Firma im Zweifel darüber, in welcher Weise sie die Verhandlungen zu führen hatte. Nachdem ihr in der heutigen Ausschüttung klargestellt worden ist, daß über die Höhe einer Lohnzulage zu verhandeln war, wird sie mit dem Arbeiterausschuss innerhalb der nächsten 8 Tage in diesem Sinne verhandeln. Die eventuellen Zugeständnisse sollen dabei rückwirkend ab 15. Juli gelten.

Der Ingenieur A. von der Firma B. wollte einen Abkehrschein, da er von einer anderen Firma ein Angebot mit einem höheren Gehalt bekommen hatte als er zurzeit bei der Firma B. bezieht. Da aber der Ingenieur A. erst seit Dezember 1917 bei der Firma B. beschäftigt ist und damals eine Verständigung über das Gehalt zur beiderseitigen Zufriedenheit erfolgt war und weiter am 1. März 1918 eine Zulage von 30 M. pro Monat gegeben wurde, eine weitere Zulage von 30 M. am 1. Juli erfolgte und am 1. November 1918 nochmals eine Zulage von 30 M. gegeben werden soll, sah der Kriegsausschuss keine Veranlassung, dem Ingenieur A. den Abkehrschein zu geben.

Der Hilfskloster B. bei der A. E. G. ist Feinzeit von der Militärbehörde einem Betrieb überwiesen. Da A. seine Familie auswärts hat, ist es ihm unmöglich, mit dem an sich ausweichenden Lohn bei der A. E. G. auszukommen. Da ein diese Schwierigkeiten beherrschender Ausgleich in Bezug auf Verdienst nicht gut möglich war, erhielt B. seinen Abkehrschein.

Der Verband der Maler im Jahre 1917.

Die Maler, Anstreicher usw. haben im Krieg unter besonders ungünstigen Verhältnissen zu leiden, da der Mangel an Farbstoffen und anderen Rohstoffen vielfach jede Betätigung hindert. Der Mitgliederbestand konnte indes im Jahre 1917 gehalten werden; er betrug 7242. Günstiger stehen die Kassenverhältnisse des Verbandes. Die Gesamteinnahmen betrugen 359 313 M. Das Verbandsvermögen stieg auf 703 228 M. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 392 665 M. Den Familien der Kriegsteilnehmer konnten seit Kriegsbeginn 306 085 M. angeführt werden. Lohnbewegungen wurden 126 in 825 Orten mit 8209 Betrieben und 18 563 Beschäftigten durchgeführt. Erzielt wurden dabei 99 980 M. Lohn-erhöhung pro Woche und 1141 Stunden Arbeitszeitverlängerung. An diesen Lohnbewegungen waren 4875 Personen beteiligt.

Englische Gewerkschaftsvertreter für eine interalliierte Organisation.

Wie die Londoner „Times“ berichtet, waren am 9. Juli in London die Vertreter von 15 Gewerkschaften mit insgesamt 2 1/2 Millionen Mitgliedern versammelt, um über die Möglichkeit der Herstellung engerer Beziehungen zwischen den Gewerkschaften Großbritanniens, der Dominions (Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika), der Alliierten und der Vereinigten Staaten zu beraten. Die Versammlung war vom Parlamentarischen Komitee des Gewerkschafts-Kongresses einberufen. Einmütig wurde beschlossen, daß das Parlamentarische Komitee eine Abteilung einrichtet, welche die Aufgabe haben soll, die Beziehungen mit dem Festlande, den Dominions und anderen Gewerkschaften zu entwickeln. Die „Times“ sagt, der Plan des Parlamentarischen Komitees gehe dahin, eine gewerkschaftliche Internationale als Seitenstück zur sozialistischen Internationale zu errichten und es sei bemerkenswert, daß die Arbeiter der Mittelmächte von dem Plan ausgeschlossen sind.

Hier handelt es sich also nicht um die Errichtung einer nationalen, sondern um die Schaffung einer interalliierten Gewerkschaftsorganisation, die den Interessen des internationalen Proletariats nützlich nicht dienen kann. Außerdem würde die Neugründung auch überflüssig sein, da eine gewerkschaftliche Internationale seit 25 Jahren besteht, der auch die in der General Federation of Labour vertretenen englischen Gewerkschaften angeschlossen sind.

Parteinachrichten.

Politische Vorkonturen.

Zu der Sprengung der Solinger Scheidemann-Versammlung durch Unabhängige wird uns aus Solingen noch geschrieben:

Die Unabhängigen in der angeleglichen unabhängigen rheinischen Hochburg Solingen befinden sich in einer politischen Situation, die sie in der Anwendung ihrer Mittel nicht besonders wäckerlich sein läßt. Auch in dieser „Hochburg“ geht es nämlich mit der unabhängigen Herrschaft rapid den Berg hinunter. Erfolg wurde vor etwa anderthalb Jahren in unabhängigen Blättern verkündet, die „ganze“ Organisation des Wahlkreises Solingen (und der Kreis hatte eine halbe Organisation) sei zu den Unabhängigen übergetreten. In Wirklichkeit hatten den Uebertretungsbeschluss ganze 80 Mann gefaßt. Gleich nach diesem glanzvollen „Uebertretung“ haben unsere Genossen die sozialdemokratische Organisation wieder aufgebaut und es ist ihnen gelungen, wieder hochzulommen. Die Unabhängigen hatten, wie sich ja auch in der letzten Scheidemann-Versammlung gezeigt hat, die Scheiter auf ihrer Seite. Aber dabei blieb. Während der Solinger Organisation der Partei langsam, aber stetig, sich nach den Wirren erhob, stagnierte die unabhängige „Organisation“. Trotz-

dem die Unabhängigen das beträchtliche Vermögen der alten Organisation sich angeeignet hatten, kamen sie auch finanziell so weit herunter, daß sie vor einiger Zeit dazu übergehen mußten, den Parteisekretär zu entlassen, um Ersparnisse zu machen.

So oft nun Scheidemann während der Zeit der Zerrwürfnisse in seinen Wahlkreis gekommen ist, hat es glänzende Versammlungen gegeben. Und nach jeder dieser Versammlungen war der Mut der Scheidemanngegner dem Nullpunkt um ein beträchtliches näher gekommen. Die Opposition hatte diese Wirkung der Solinger Scheidemannversammlungen auch schon zu der Zeit sehr richtig einzuschätzen gelernt, als sie noch ein Glied der Parteiorganisation bildete. Schon seit 1915 wehrte sich diese Opposition mit Händen und Füßen dagegen, daß man Scheidemann zu Versammlungen kommen lasse. Die Anhänger Scheidemanns hatten jedesmal gegen die Minderheit einen Kampf zu bestehen, wenn sie verlangten, daß man den Abgeordneten des Kreises kommen lasse. Hatte die Opposition in einer Versammlung zufällig die Mehrheit, so wurden solche Anträge abgelehnt. Die Abneigung, Scheidemann kommen zu lassen, wurde bei der Opposition geradezu krankhaft, als Haase, den man einmal zu einer Versammlung eingeladen hatte, in einem kaum zu einem Drittel gefüllten Niesensaale bei stürmischer Stimmung der Versammelten reden mußte, während die nächste Scheidemann-Versammlung ein politisches Ereignis wurde.

Landesparteitag der Sozialdemokratie Badens.

Am Sonnabend mittag trafen die Delegierten der badischen Parteiorganisation zu ihrem ordentlichen Kreisitag in Offenbach zusammen. Die Beteiligung war in Anbetracht der Kriegsverhältnisse recht gut. Alle Wahlkreise waren vertreten. Der erste Tag galt der Berichterstattung des Landesvorstandes über seine Tätigkeit in den vier Kriegsjahren und der Erstattung des Kassenberichts, sowie der Beratung der Anträge. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse G e i f - Mannheim. Auch in Baden hat der Krieg für die im letzten Friedensjahre in schönster Aufwärtsentwicklung begriffene Partei einen schweren Rückschlag gebracht, von dem sie sich erst jetzt wieder erholt. Die Kriegsjahre brachten dem Landesvorstand eine reiche Tätigkeit. Es wurden in der Berichtszeit 1700 Mitglieder- und 100 öffentliche Versammlungen abgehalten. Groß war die Arbeit des Landessekretärs in der Kriegsvorsorgeangelegenheit. Schwer daneben lag auch die Frauen- und Jugendbewegung. Die Parteispaltung hat der badischen Partei kaum geschadet. Eine Landeskonferenz befaßte sich im letzten Jahre mit der Trennung. Sie legte in einer einmütig angenommenen Resolution ihre Ansicht dahin nieder, daß es mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands unvereinbar sei, daß eines ihrer Mitglieder gleichzeitig einer Organisation der Oppositionsgruppe angehöre oder für diese mündlich oder schriftlich Propaganda treibe. Genosse Geif betonte nochmals diesen Standpunkt unter Zustimmung des Parteitag.

Den Kassenbericht erstattete der Sekretär des Landesvorstandes Genosse G o h n - Mannheim. Auch der Kassenstand hat seinen Tiefstand überstanden, nachdem der Krieg auch hier vermindert gewirkt hatte. Ungenügend ist das Ergebnis der Sammlungen. Die Erhöhung des Beitrages ist eine dringende Notwendigkeit, damit die Partei den kommenden Aufgaben gewachsen ist.

Den Berichten des Landesvorstandes wurde zugestimmt und ihm einstimmig Entlastung erteilt.

Einen breiten Raum in der Aussprache nahm das Verhalten des Kreisvorsitzenden in Freiburg in Anspruch, der in seinen Anschauungen im Gegensatz zu der Leitung der Partei und der Reichstagsfraktion steht und in Versammlungen gegen Partei und Fraktion arbeitet. Es wurde dem Genossen vorgeworfen, er gehöre innerlich zu den Unabhängigen und suche die Partei im Oberland nach der anderen Richtung hinüberzuziehen. Die übergroße Mehrheit der Genossen verurteilte dieses Treiben. Es wurde von diesem Genossen eine klare Stellungnahme verlangt. Die Angelegenheit wurde schließlich der Kreiskonferenz Freiburg zur weiteren Erlebung überwiesen unter erneuter Befristung der auf der letztjährigen Landeskonferenz gefaßten obenerwähnten Entschließung.

Der Erhöhung des Beitrages auf wöchentlich 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Von den Anträgen wurden drei erledigt. Ein Antrag der Mannheimener Genossen, der zur Aufstellung der Kandidaten für die Parliamentswahl die Schaffung eines erweiterten Landesauschusses verlangte, durch den die Kandidaten im Benehmen mit den Bezirken aufgestellt werden sollten, wurde mit 20 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag auf bessere Ausgestaltung der parlamentarischen Berichterstattung und ein Antrag, in das Aktionsprogramm auch die Agrarfrage aufzunehmen.

Industrie und Handel.

Zabakwucher.

Die „Münchener Post“ wirt unter Berufung auf die Hochpreise dem früheren Geschäftsführer der Zigaretten- und Zabel-einfuhrgesellschaft in Dresden, Baron von Michel-Kaulino vor, sein Amt für private Interessen mißbraucht zu haben. Bekanntlich haben die Zigarettenpreise in der Türkei und im Orient eine ungeheure Höhe erreicht. Sie sind künstlich getrieben worden, um jenen Firmen, die sich billig mit großen Mengen von Zabel einbedeckt hatten, einen gewaltigen Nutzen zu verschaffen. Zu diesen Firmen gehören auch die Firma Kiamim Emin in Kambli, zu deren Inhabern auch die Firma Michel-Kaulino gehört. Die Methode, mit der diese Firma die Preise in die Höhe schob, bestand darin, daß sie, nachdem sie sich selbst billig mit Rohware versehen hatte, bei den Bauern anfragte, ob sie kleine Pöschchen von Zabel zum Preise von 40 Lewa (1 Lewa = 50 Pf.) zu verkaufen hätten. Natürlich wollten die Bauern nun keine Ware mehr billiger abgeben. Die Firma Kiamim Emin, die heimlich auf ihren guten Ruf hält, und den Vorwurf des Wuchers scheut, bot freien Zabel, den sie für 3 bis 6 Lewa gekauft hatte, zu 80 Lewa aus und konnte sich noch darauf berufen, daß sie ihre Ware unter dem Marktpreise abgab! Herr Baron von Michel-Kaulino, zugleich Inhaber der Firma Kiamim Emin und Geschäftsführer der Zigarettenfabrik-Einfuhrgesellschaft, war natürlich an dieser Preissteigerung beteiligt. Aber es kommt noch besser. Versammlungen Zigarettenfabriken haben die Herstellung billiger Mannschafszigaretten für das Feldheer unter Berufung auf ihren Mangel an billigen mazedonischen Zabeln verweigert. Zu diesen Firmen gehört die Hof-Zigarettenfabrik Zuban in München, unter deren Inhabern ebenfalls der mit Orden geschmückte, mit Ehren überschäumte Baron v. Michel-Kaulino sich befindet. Der Generalinspektor für den Zabelhandel“ fragt, warum die Firma Zuban keine billigen Zabels habe und gibt darauf die Antwort: „Weil die Wucherfirma Kiamim Emin (Inhaber v. Michel-Logly und Kiamim Emin) der Hof-Zigarettenfabrik Zuban (Hauptinhaber v. Michel-Logly und Kiamim Emin) ihre billig eingekauften Zabels zu Wucherpreisen berechnete.“

Seither ist Baron v. Michel-Kaulino von seinem Posten entlassen. Das Reichswirtschaftsamt hat ihn im Anfang März telegraphisch „erzucht“, abzusenden. Aber sollen die Vorläufige Amtsgeschäfte bleiben oder nicht vielmehr zur Warnung aller jener Firmen, die sich in die Kriegsorganisationen eingeschlichen haben, um dort ihre persönlichen Geschäfte zu betreiben?

Soziales.

Krankenkassenärzte.

Der Kampf um den neuen Tarif.

In den letzten Wochen gehen Parteilungen über zwischen Krankenkassen und Ärzten scheinbar Differenzen durch die Presse,

die in einigen Punkten der Richtigstellung bedürfen. Der bisher von den Krankenkassen bezahlte Satz von 5 M. für Mitglied und Jahr entsprach den zwischen der Ärzteschaft Groß-Berlins und den Kassen im Jahre 1913 vor dem Königlichen Oberverwaltungsamt getroffenen Vereinbarungen.

Die Mitteilung, daß bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin das Honorar für eine vierteljährliche Behandlung noch nicht einmal 3 M. betrage, während a. V. tüchtige Munitionsarbeiter jetzt weit über 8 M. Lohn für die Stunde beziehen, ist irreführend und darauf berechnet, den Ärzten zu erweisen, daß die Kassenärzte in Groß-Berlin jämmerlich honoriert werden. In der Tat sind aber die Kassen ohne Einfluß darauf, ob der einzelne Arzt hohe Einkommen bezieht oder nicht. Darauf ist es zurückzuführen, daß manche Ärzte kaum von Kassenmitgliedern aufgesucht werden, während andere Herren so stark beschäftigt sind, daß eine ansehnliche Zahl derselben im Jahre 1917 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse allein 3000 bis 5000 M., ein anderer, kaum geringerer Teil 5000 bis 10 000 M. verdiente, abgesehen von denjenigen, besonders überlaufenen Herren, die es zu einem Jahreseinkommen bis zu 16 000 M. bei der genannten Kasse allein gebracht haben. Es wird an anderer Stelle zu beweisen sein, daß die Kassenpraxis in Berlin nicht so unlohnend ist, wie sie geschildert wird.

Die zugewilligte Teuerungszulage ist nicht zurückgezogen, sondern wird, wie ausdrücklich mitgeteilt wurde, für das Jahr 1918 ausgeschüttet werden.

Die sofort bei Beginn der Verhandlungen angebotene Erhöhung des Arzthonorars von 5 auf 7,50 M. für das Mitglied und Jahr sichert der Ärzteschaft Berlins eine Rohreinnahme von einigen Millionen Mark und muß anderwärts nicht so sehr gering eingeschätzt werden, da z. B. in Leipzig für denselben Sach bisher nicht nur die Mitglieder, sondern auch ihre in ihrem Hausstande lebenden Familienangehörigen ärztlich versorgt werden. In Berlin beanspruchen die Ärzte aber für die Behandlung eines jeden Familienmitgliedes den gleichen Sach wie für das Mitglied, so daß also für eine Familie von vier Köpfen bei dem gegenwärtig geforderten Sach genau 50 M. Arzthonorar zu zahlen sein würde.

Die Bevölkerung Berlins wird verstehen, daß die Kassenstände ihre Mittel nicht nur für die höhere Entlohnung der Ärzte verwenden wollen, sondern Familienhilfe einzuführen beabsichtigen, wie sie an vielen Orten des Reiches seit Jahrzehnten besteht und in Berlin früher an dem Widerstand der Ärzteschaft scheiterte.

Ausbau des Mieterschutzes.

Wir haben erst in Nr. 196 des „Vorwärts“ auf die dringende Notwendigkeit einer Erweiterung des Mieterschutzes in der kleinen Abhandlung über erweiterte Aufgaben der Mietvereinsämter hingewiesen. Immer mehr spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu. Die sich aus den Verhältnissen für die Mietbevölkerung ergebenden großen Gefahren treten jetzt mit gewaltigem Nachdruck wieder in den Vordergrund. Zahlreiche Nachrichten über Mietssteigerungen, teilweise in außerordentlicher Höhe, liegen vor, und die ganze Lage der Mietbevölkerung erscheint überaus gespannt und gefährdet. Schon haben verschiedene Stellvertretende Generallandmannschaften in den letzten Monaten eingeschritten und haben Mietshöhungen und Mietsbindungen von der Genehmigung der Mietvereinsämter abhängig gemacht; auch eine ganze Anzahl von Eingaben wegen schleuniger Erweiterung des Mieterschutzes sind an die Regierung gerichtet worden, zum Beispiel von Deutschen Wohnungsausschuss zusammen mit dem Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen, dem Mietvereinsamt Dortmund und anderen Stellen. Unter diesen Umständen scheint es dringend geboten, daß der Bundesrat nunmehr ohne Verzug an diese Aufgabe herantritt. Umgeben läßt sie sich doch nicht mehr, deshalb sollte ihre Lösung unterzöglicht erfolgen, ehe weiterer großer Schaden eintritt.

Lehrgang für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

Das am 1. April d. J. in Kraft getretene preussische Wohnungsgesetz schreibt zur Durchführung der Wohnungsaufsicht für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern die Errichtung eines Wohnungsamtes vor. Zur Durchführung der Wohnungsaufsicht sind eine oder mehrere für diesen besonderen Zweck geeignete Personen einzustellen. Für Gemeinden von mehr als 50 000 bis 100 000 Einwohnern kann durch Anordnung der Aufsichtsbehörde die Errichtung eines den vorstehenden Bestimmungen entsprechenden Wohnungsamtes für Gemeinden von mehr als 10 000 bis 50 000 Einwohnern durch Anordnung der Aufsichtsbehörde die Anstellung besonderer sachkundiger beamteter Wohnungsaufsichter vorgeschrieben werden. Diese Bestimmungen des Gesetzes haben bei den Gemeindeverwaltungen und ihren leitenden Beamten den Wunsch nach einer allgemeinen Orientierung über die bei Errichtung von Wohnungsamtern und bei der Durchführung der Wohnungsaufsicht grundlegenden Fragen geweckt. Sie bedingen auch eine Steigerung des Bedarfs an vorgebildeten Wohnungsaufsichtsbeamten und mit der Wohnungspflege sich befassenden Persönlichkeiten, für die eine geeignete Einführung in den neuen Aufgabenkreis dringendes Bedürfnis ist.

Um dem entgegenzukommen, beabsichtigt die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, im Einvernehmen mit dem preussischen Staatskommissar für das Wohnungswesen in der ersten Oberstufe d. J. in Berlin einen Lehrgang für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege zu veranstalten. Das vorläufige Programm umfaßt einen allgemeinen Teil mit Vorträgen über die gegenwärtigen Zustände im Wohnungswesen und ihre Rückwirkung auf die Allgemeinheit, über die Entwicklung des Wohnungswesens mit den ihm imwohnenden Schäden, die Mittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und die Forderungen der Uebergangswirtschaft, sowie einen speziellen Teil, der Vorträge über die gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Grundlagen der Wohnungsaufsicht in den einzelnen Bundesstaaten, über die Organisation derselben im einzelnen, über die eigentliche Praxis der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, den Wohnungsnachweis usw. vorsieht. An die Vorträge werden sich Demonstrationen in den Groß-Berliner Wohnungsamtern und Beschäftigungen guter, von der gemeinnützigen Bauartigkeit erstellter und mangelhafter Wohnungen anschließen. Das ausführliche Programm des Lehrganges wird später veröffentlicht werden. Anmeldungen nimmt schon jetzt die Geschäftsstelle der Zentrale, Berlin W, Augsburgstraße 61, entgegen.

Die Genossenschaften in Schweden.

Der schwedische Genossenschaftsverband, der bekanntlich zugleich Großhandels-Genossenschaft ist, hat kürzlich Aktien der Volkswirtschaftsgesellschaft „Kollekt“, der schwedischen Volkswirtschaft, im Nennbetrage von 181 700 Kronen übernommen. Damit hat der Verband 2417 von den 3000 Aktien der Gesellschaft in seinem Besitz; der Einfluß des Bankkonzerns, der bisher in „Kollekt“ noch herrschte, ist beseitigt. Der Verband wird nun in Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft eine entsprechende Vertretung beanspruchen. — Der Uebertrag des Verbandes im Jahre 1917 betrug 493 907,57 Kronen, wovon 474 940,55 Kronen auf das Großhandels-Geschäft, der Rest auf den Verlag, die Zeitungsabteilung und die Sparkasse entfielen. Diewon geben für Propagandaarbeiten, Steuern und Verluste in der Revisionabteilung und an Grundstücken 96 027,04 Kronen ab, so daß ein Ueberschuß von 397 880,53 Kronen verbleibt, der fast ausschließlich zur Vermehrung des Eigenkapitals verwendet wurde. Dieses ist damit auf die statliche Summe von 1 792 744 Kronen angewachsen, wovon 641 363 Kronen auf Anteile, 966 766 Kronen auf den Reservefonds und 86 600 Kronen auf den Devisenfond entfallen.

Verantwortl. i. V. Dr. Franz Diederich, Berlin-Gleichenau; für d. Abteil. Teil des „Vorwärts“: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt und Anzeigensatz.